

Archiv für Sozialgeschichte

Herausgegeben von der
Friedrich-Ebert-Stiftung
in Verbindung mit dem
Institut für Sozialgeschichte e.V.
Braunschweig – Bonn

44. Band · 2004

Verlag
J.H.W. Dietz Nachf.

REDAKTION: BEATRIX BOUVIER
DIETER DOWE
PATRIK VON ZUR MÜHLEN
MICHAEL SCHNEIDER
SCHRIFTFÜHRUNG: FRIEDHELM BOLL
REDAKTIONSASSISTENZ: ANJA KRÜKE

Redaktionsanschrift:
Institut für Sozialgeschichte
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
Tel. 02 28/88 34 70, Fax: 02 28/88 34 97
e-mail: AfS@FES.de

Frau Bundestagspräsidentin a.D. Dr. h.c. Annemarie Renger
zum 85. Geburtstag gewidmet.

Herausgeber und Verlag danken Herrn Martin Brost für die finanzielle Förderung von Bearbeitung und Druck dieses Bandes.

ISSN 0066-6505
ISBN 3-8012-4148-3

© 2004 Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn
Umschlag und Einbandgestaltung: Bruno Skibbe, Braunschweig
Herstellung: Toennes Druck + Medien GmbH, Erkrath
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2004

Inhalt

BEITRÄGE ZUM RAHMENTHEMA »DIE SIEBZIGERJAHRE. GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN IN DEUTSCHLAND«

<i>Bernd Faulenbach</i> , Die Siebzigerjahre – ein sozialdemokratisches Jahrzehnt?	1
<i>Detlef Siegfried</i> , »Einstürzende Neubauten«. Wohngemeinschaften, Jugendzentren und private Präferenzen kommunistischer »Kader« als Formen jugendlicher Subkultur	39
<i>Dietmar Süß</i> , Die Enkel auf den Barrikaden. Jungsozialisten in der SPD in den Siebzigerjahren	67
<i>Wolfgang Kraushaar</i> , Die Frankfurter Sponti-Szene. Eine Subkultur als politische Versuchsanordnung	105
<i>Gisela Notz</i> , Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre. Entstehungsgeschichte – Organisationsformen – politische Konzepte	123
<i>Adelheid von Saldern</i> , Markt für Marx. Literaturbetrieb und Lesebewegungen in der Bundesrepublik in den Sechziger- und Siebzigerjahren	149
<i>Thomas Kleinknecht/Michael Sturm</i> , »Demonstrationen sind punktuelle Plebiszite«. Polizeireform und gesellschaftliche Demokratisierung von den Sechziger- zu den Achtzigerjahren	181
<i>Klaus Weinbauer</i> , Terrorismus in der Bundesrepublik der Siebzigerjahre. Aspekte einer Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit	219
<i>Wolfgang Schroeder</i> , Gewerkschaften als soziale Bewegung – soziale Bewegung in den Gewerkschaften in den Siebzigerjahren	243
<i>Franz-Werner Kersting</i> , Abschied von der »totalen Institution«? Die westdeutsche Anstaltspsychiatrie zwischen Nationalsozialismus und den Siebzigerjahren . .	267
<i>Anja Kruke</i> , Der Kampf um die Deutungshoheit. Meinungsforschung als Instrument von Parteien und Medien in den Siebzigerjahren	293
<i>Ruth Rosenberger</i> , Demokratisierung durch Verwissenschaftlichung? Betriebliche Humanexperten als Akteure des Wandels der betrieblichen Sozialordnung in westdeutschen Unternehmen	327
<i>Benjamin Ziemann</i> , Zwischen sozialer Bewegung und Dienstleistung am Individuum. Katholiken und katholische Kirche im therapeutischen Jahrzehnt . . .	357
<i>Frank Fischer</i> , Von der »Regierung der inneren Reformen« zum »Krisenmanagement«. Das Verhältnis zwischen Innen- und Außenpolitik in der sozial-liberalen Ära 1969–1982	395

VI

<i>Gottfried Niedhart/Oliver Bange</i> , Die »Relikte der Nachkriegszeit« beseitigen. Ostpolitik in der zweiten außenpolitischen Formationsphase der Bundesrepublik Deutschland im Übergang von den Sechziger- zu den Siebzigerjahren	415
---	-----

<i>Axel Schildt</i> , »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren	449
---	-----

FORSCHUNGSBERICHTE UND REZENSIONEN

<i>Ursula Münch</i> , Neuere Arbeiten zur Familienpolitik	481
---	-----

<i>Oliver Bange</i> , Die Außenpolitik der DDR – Plädoyer für ein vernachlässigtes Forschungsfeld	492
---	-----

<i>Frank Bösch</i> , »Berlusconi von links«? Die Medien der SPD in historischer Perspektive	501
---	-----

<i>Hans Lemberg</i> , Geschichten und Geschichte. Das Gedächtnis der Vertriebenen in Deutschland nach 1945	509
--	-----

<i>Jost Dülffer</i> , Europa – aber wo liegt es? Zur Zeitgeschichte des Kontinents	524
--	-----

<i>Jørgen Kühl</i> , Nationale Minderheiten in der Europäischen Union am Beispiel der deutschen Minderheit in Dänemark	565
--	-----

<i>Wulf D. Hund</i> , Der Weißheit letzter Schluss. Neue Studien zur Rassismusforschung	580
---	-----

<i>Ilko-Sascha Kowalczyk</i> , Die gescheiterte Revolution – »17. Juni 1953«. Forschungsstand, Forschungskontroversen und Forschungsperspektiven	606
--	-----

<i>Christopher Kopper</i> , Neuerscheinungen zur Geschichte des Reisens und des Tourismus	665
---	-----

<i>Michael Prinz</i> , Bürgerrecht Konsum	678
---	-----

*

Achim Landwehr, Geschichte des Sagbaren. Einführung in die Historische Diskursanalyse, Tübingen 2001 (Peter Haslinger)	691
--	-----

Philipp Sarasin, Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse, Frankfurt/Main 2003 (Peter Haslinger)	691
---	-----

Geoff Eley, Forging Democracy. The History of the Left in Europe 1850–2000, New York etc. 2002 (Adelheid von Saldern)	695
---	-----

Frank Uekötter, Von der Rauchplage zur ökologischen Revolution. Eine Geschichte der Luftverschmutzung in Deutschland und den USA 1880–1970, Essen 2003 (Jens Ivo Engels)	700
--	-----

Andreas R. Hofmann/Anna Veronika Wendland (Hrsg.), Stadt und Öffentlichkeit in Ostmitteleuropa 1900–1939. Beiträge zur Entstehung moderner Urbanität zwischen Berlin, Charkiv, Tallin und Triest, Stuttgart 2002 (Kirsten Bönker)	701
Vera Bücken, Nikolaus Groß. Politischer Journalist und Katholik im Widerstand des Kölner Kreises, Münster etc. 2003 (Hans Mommsen)	704
Claus-Dieter Krohn/Axel Schildt (Hrsg.), Zwischen den Stühlen? Remigranten und Remigration in der deutschen Medienöffentlichkeit der Nachkriegszeit, Hamburg 2002 (Christian Sonntag)	707
Summaries	710
Résumés	720
Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bandes	730
Rahmenthemen der nächsten Bände des »Archivs für Sozialgeschichte«	735
Einzelrezensionen finden Benutzer des »Archivs für Sozialgeschichte« unter http://www.fes.de/afs-online.de	

Klaus Weinbauer

Terrorismus in der Bundesrepublik der Siebzigerjahre

Aspekte einer Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit

I. FORSCHUNGSSTAND UND -PERSPEKTIVEN ZUM BUNDESDEUTSCHEN TERRORISMUS

Das Thema Terrorismus hat in letzter Zeit Konjunktur. Das liegt zum einen an den Anschlägen vom 11. September 2001. Zum anderen waren es die militante Vergangenheit von Bundesaußenminister Joschka Fischer, vor allem aber die geplante Berliner RAF-Ausstellung, die zu mehr oder weniger aufgeregten Debatten führten. Für geschichtswissenschaftliche Analysen hingegen bildet der bundesdeutsche Terrorismus der 1970er-Jahre fast völliges Neuland.¹ Bislang dominieren juristische, politik- oder sozialwissenschaftliche Studien.² Hinzu kommen mehr und mehr autobiografische Zeugnisse ehemaliger

1 Vgl. zum aktuellen zeitgeschichtlichen Forschungsstand, der allerdings erst die frühen 1970er-Jahre berührt, die Sammelbände *Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe* (Hrsg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn etc. 2003; *Ulrich Herbert* (Hrsg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980*, Göttingen 2002; *Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers* (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000; sowie mit international vergleichenden Perspektiven *Jörg Requate* (Hrsg.), *Recht und Justiz im gesellschaftlichen Aufbruch (1960-1975). Bundesrepublik Deutschland, Italien und Frankreich im Vergleich*, Baden-Baden 2003; ferner die Sammelbesprechungen von *Detlef Siegfried*, *Weite Räume, schneller Wandel. Neuere Literatur zur Sozial- und Kulturgeschichte der langen 60er Jahre in Westdeutschland*, in: *Historische Literatur* 1, 2003, S. 7-34; *Klaus Weinbauer*, *Zwischen Aufbruch und Revolte. Die 68er-Bewegungen und die Gesellschaft der Bundesrepublik der sechziger Jahre*, in: *NPL* 46, 2001, S. 412-432. Einen knappen Ausblick auf den frühen Terrorismus bietet *Nick Thomas*, *Protest Movements in 1960s West Germany. A Social History of Dissent and Democracy*, Oxford 2003, S. 201-219; ferner *Michael Sturm*, »Dazwischen gibt es nichts«. »Bewaffneter Kampf« und Terrorismusbekämpfung in der Bundesrepublik am Beginn der 1970er Jahre, in: *Sozialwissenschaftliche Informationen* 32, 2003, S. 47-59; *Franz-Werner Kersting*, *Juvenile Left Wing Radicalism, Frings Groups and Anti-Psychiatry in Germany*, in: *Axel Schildt/Detlef Siegfried* (Hrsg.), *Between Marx and Coca Cola: Youth Cultures in Changing Societies, 1960-1980*, New York etc. 2005 (im Erscheinen). Vgl. als Überblick auch *Manfred Görtemaker*, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, bes. S. 584-588.

2 Den Forschungsstand erschließen *Peter Waldmann*, *Terrorismus. Provokationen der Macht*, München 1998; *Tobias Wunschik*, *Baader-Meinhofs Kinder. Die zweite Generation der RAF*, Opladen 1997; *Uwe Backes/Eckhard Jesse* (Hrsg.), *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik*, 4. völlig überarb. und aktual. Ausgabe, Bonn 1996; ferner für den Terrorismus der 1980er-Jahre *Alexander Straßner*, *Die dritte Generation der »Roten Armee Fraktion«. Entstehung, Struktur, Funktionslogik und Zerfall einer terroristischen Organisation*, Wiesbaden 2003. Immer noch unverzichtbar ist das fünfbandige Werk: *Bundesministerium des Innern* (Hrsg.), *Analysen zum Terrorismus*, Opladen 1981 ff. Einen guten Überblick über aktuelle Diskussionen vermittelt *Roland Hitzler/Jo Reichertz* (Hrsg.), *Irritierte Ordnung. Die gesellschaftliche Verarbeitung von Terror*, Konstanz 2003; sowie das Heft 2 des *Kriminologischen Journals* 34, 2002; ferner die Beiträge in: *APuZ* B 10-11/2002.

Aktivistinnen und Aktivisten.³ Darüber hinaus ist dieses schillernde Phänomen der bundesdeutschen Geschichte inzwischen in zahlreichen journalistischen, literarischen und filmischen Darstellungen bearbeitet worden.⁴

Da die wissenschaftliche Forschung zum bundesdeutschen Terrorismus nicht nur lückenhaft, sondern auch methodisch eingeengt ist, soll nachfolgend ausführlicher auf konzeptionelle Fragen eingegangen werden, als das sonst in Aufsätzen üblich ist. Die sozial- und politikwissenschaftlichen Arbeiten zum Terrorismus, den es nicht erst seit den 1960er-/70er-Jahren gibt,⁵ lassen sich in gesellschafts- und in personenbezogene untergliedern. Die gesellschaftsbezogenen Studien⁶ untersuchen eher den frühen Terrorismus bis Anfang der 1970er-Jahre. Ihr Anliegen besteht darin, den Terrorismus zu erklären, indem sie – wie schematisch auch immer – auf dessen gesellschaftliche Rahmenbedingungen eingehen. Ihre anregenden Teilergebnisse – u.a. zum wichtigen Zusammenhang zwischen Studentenbewegung und jugendlichen Subkulturen – sind bislang

3 Vgl. *Gabriele Rollnik/Daniel Dubbe*, Keine Angst vor niemand. Über die Siebziger, die Bewegung 2. Juni und die RAF, Hamburg 2004; *Thorwald Proll/Daniel Dubbe*, Wir kamen vom anderen Stern. Über 1968, Andreas Baader und ein Kaufhaus, Hamburg 2003; *Thorwald Proll*, Mein 68. Aufzeichnungen, Briefe, Interviews, Hamburg o.J.; *Rolf Pohle*, Mein Name ist Mensch. Das Interview, Berlin 2002; *Margrit Schiller*, »Es war ein harter Kampf um meine Erinnerung«. Ein Lebensbericht aus der RAF, Hamburg 1999; *Till Meyer*, Staatsfeind. Erinnerungen, München 1998; *Dieter Kunzelmann*, Leisten Sie keinen Widerstand! Bilder aus meinem Leben, Berlin 1998; *Stefan Wisniewski*, Wir waren so unheimlich konsequent. Ein Gespräch zur Geschichte der RAF, Berlin 1997; *Inge Viett*, Nie war ich furchtloser. Autobiographie, Hamburg 1996; *Ralf Reinders/Ronald Fritzsche*, Die Bewegung 2. Juni. Gespräche über Haschrebelln, Lorenzentführung, Knast, Berlin 1995; sowie die »Klassiker« *Michael Baumann*, Wie alles anfang, München 1975; *Hans-Joachim Klein*, Rückkehr in die Menschlichkeit. Appell eines ausgestiegenen Terroristen, Reinbek 1979.

4 Vgl. v.a. *Stefan Aust*, Der Baader Meinhof Komplex, Hamburg 1985 (viele spätere Auflagen); sowie *Butz Peters*, Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, Berlin 2004; *ders.*, RAF. Terrorismus in Deutschland, aktualisierte Aufl., München 1993. Vgl. als hervorragenden Überblick zu literarischen Bearbeitungen *Thomas Hoeps*, Arbeit am Widerspruch. »Terrorismus« in deutschen Romanen und Erzählungen (1937-1992), Dresden 2001. Als neuerer Roman ist zu nennen *Leander Scholz*, Rosenstolz, München 2003; vgl. auch die beiden »Klassiker« *Peter-Paul Zahl*, Die Glücklichen, Schelmenroman, zuletzt München 2001, (Orig. Berlin 1979); *Bernward Vesper*, Die Reise. Romanessay. Ausgabe letzter Hand, Frankfurt 1981; vgl. dazu jetzt *Gerd Koenen*, Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus, Köln 2003. Als Filme sind u.a. zu nennen »Black Box BRD«; »Starbuck: Holger Meins«; »Schleyer«; »Baader«; »Innere Sicherheit«, »Die Stille nach dem Schuss«; vgl. auch die Beiträge in: *Ästhetik und Kommunikation* 33, 2002, H. 117: Politik im deutschen Kino.

5 Voraussetzung für die Entstehung terroristischer Aktivitäten ist der moderne, säkularisierte Staat, der seine religiöse Rechtfertigung verloren hat und der zudem mit klar identifizierbaren Institutionen und Machtinstrumentarien des Gewaltmonopols (Polizei) ausgestattet ist. In Europa wurde dies im 19. Jahrhundert erreicht. Vgl. *Wolfgang Bock*, Terrorismus und politischer Anarchismus im Kaiserreich. Entstehung, Entwicklung, rechtliche und politische Bekämpfung, in: *Hans Dieffenbacher* (Hrsg.), Anarchismus. Zur Geschichte und Idee der herrschaftsfreien Gesellschaft, Darmstadt 1996, S. 143-168; *Wolfgang J. Mommsen/Gerhard Hirschfeld* (Hrsg.), Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982; *Joachim Wagner*, Politischer Terrorismus und Strafrecht im Deutschen Kaiserreich von 1871, Hamburg 1981.

6 Vgl. v.a. die Beiträge in *Henner Hess u.a.*, Angriff auf das Herz des Staates. Soziale Entwicklung und Terrorismus, Frankfurt/Main 1988 (2 Bde.); *Fritz Sack u.a.*, Staat, Gesellschaft und politische Gewalt. Zur »Pathologie« politischer Konflikte, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Bd. 4/2, Opladen 1984, S. 19-226; *Heinz Steinert*, Sozialstrukturelle Bedingungen des »linken Terrorismus« der 70er Jahre, in: ebd., S. 387-603; *Susanne Karstedt-Henke*, Theorien zur Erklärung terroristischer Bewegungen, in: *Eberhard Blankenburg* (Hrsg.), Politik der inneren Sicherheit, Frankfurt/Main 1980, S. 169-237.

von der historischen Forschung kaum aufgegriffen worden.⁷ In den personenbezogenen politik- und sozialwissenschaftlichen Werken steht dieses Zusammenwirken eher am Rande. Stattdessen wird versucht, neben den ideologischen Grundlagen, Einzel- bzw. Kollektivbiografien militanter Aktivisten nachzuzeichnen.⁸ Aus dieser Perspektive wird inzwischen auch der Terrorismus der 1980er-/90er-Jahre untersucht.⁹ Diese personenbezogenen Analysen unterteilen den Terrorismus oft nach der Folge von Generationen (erste, zweite, dritte Generation). Dieser Terminus soll hier nicht verwendet werden. Denn dadurch werden zu klare Abgrenzungen, aber auch eine nahezu biologische Abfolge und damit eine Unabwendbarkeit von Terrorismus suggeriert.

In öffentlichen Debatten dient der Terrorismusvorwurf zumeist dazu, die Absichten und Ziele derjenigen, die mit diesem Begriff belegt werden, zu diskreditieren. Dies ist oft mit politischen und moralischen Anklagen verbunden.¹⁰ Aber auch auf der wissenschaftlichen Ebene fehlt eine allgemein akzeptierte Definition von Terrorismus. Folgt man Peter Waldmanns Arbeitsdefinition, so sind unter dem Begriff Terrorismus zusammenzufassen: »planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge gegen eine politische Ordnung aus dem Untergrund. Sie sollen allgemeine Unsicherheit und Schrecken, daneben auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugen.«¹¹ Ausgehend vom Selbstbild und Selbstverständnis der Aktivistinnen und Aktivisten unterscheidet Waldmann vor allem drei Hauptformen des Terrorismus: den sozialrevolutionären, den ethnisch-nationalistischen und den religiösen Terrorismus. In diesem Beitrag geht es vorrangig um den sozialrevolutionären Terrorismus. Wie somit deutlich geworden sein sollte, ist Terrorismus kein klar zu umreißendes Phänomen, dem man mit einem Blick auf Zahlen, auf Biografien oder mit ideengeschichtlichen Erörterungen nahe kommen kann.

Mit Blick auf die noch ausstehende geschichtswissenschaftliche Erforschung der 1970er-Jahre soll hier davor gewarnt werden, diese zu sehr auf die spektakuläre politische Geschichte (zu der ja auch der Terrorismus gehört) zu konzentrieren. Wenngleich der Terrorismus ein wichtiges Thema ist, können die 1970er-Jahre nicht darauf reduziert werden. Diese Perspektivverengung ließe sich durch eine kulturgeschichtlich informierte Sozialgeschichte des Terrorismus vermeiden. Eine solche Analyse kann sich nicht damit begnügen, vorrangig Lebensläufe terroristischer Aktivisten zu rekonstruieren. Zwar sind autobiografische Berichte ehemaliger Militanter oder auch Studien, die mit psychologischen Erklärungsmustern operieren, sehr wichtig, um persönliche Motivation und das »Binnenklima« in militanten Gruppierungen zu beschreiben.¹² Eine sozial- und kulturgeschichtlich ausgerichtete Terrorismusforschung muss jedoch breiter angelegt sein. Es geht darum, gesellschaftliche, staatlich-politische und kulturelle Aspekte sowie deren Wechselwirkungen zu integrieren und die vorliegenden Erkenntnisse zu historisieren, also genauer als bisher Veränderungen im Zeitverlauf nachzugehen. All dies ist nur

7 Diesen Zusammenhang analysiert pointiert *Heinz Steinert*, Erinnerung an den »linken Terrorismus«, in: *Hess u.a.*, Angriff, S. 15-54, insb. S. 21-38.

8 Vgl. als wohl beste Publikation aus dieser Perspektive: *Uwe Backes*, Bundesrepublik Deutschland. »Wir wollten alles und gleichzeitig nichts«, in: *Peter Waldmann* (Hrsg.), Beruf: Terrorist. Lebensläufe im Untergrund, München 1993, S. 143-179; vgl. zur Kritik enger personenfixierter Ansätze *Peter Waldmann*, Zur Forschung über Terroristen und terroristische Lebensläufe, in: ebd., S. 187-190; sowie *Erhard Blankenburg*, Analyse von Terroristen statt Analysen von Terrorismus, in: *Soziologische Revue* 8, 1985, S. 360-364.

9 Vgl. *Wunschik*; *Straßner*.

10 *Andreas Musolff*, Krieg gegen die Öffentlichkeit. Terrorismus und öffentlicher Sprachgebrauch, Opladen 1996, hier: S. 9 f.

11 *Waldmann*, Terrorismus, S. 10.

12 Vgl. dazu die neueste Studie von *Koenen*, Vesper.

möglich im Rahmen einer Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit der 1960er-/70er-Jahre, in der eine Analyse des Terrorismus nur eines von mehreren Forschungsfeldern bildet. Eine fundierte und breit angelegte Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit müsste nicht nur die Entstehung des Begriffs Innere Sicherheit, sondern u.a. auch folgende Problemfelder untersuchen: die Entwicklung der polizeilich registrierten Kriminalität, der Jugenddelinquenz (v.a. des Drogenkonsums) und der Jugendgewalt sowie die militanten Proteste der Neuen Sozialen Bewegungen.¹³

Die Einbettung der Terrorismusforschung in eine Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit ist an vier Voraussetzungen geknüpft. Erstens bedarf es forschungsstrategisch einer Abkehr von der strengen Bipolarität der Betrachtung. Zu undifferenziert wird bislang zwischen *them and us*, zwischen Terroristen auf der einen und dem Staat auf der anderen Seite unterschieden. Die Erkenntnisse der neuen soziologischen Gewaltforschung können dazu beitragen, diese Täter-Opfer-Dichotomie zu überwinden. Im Mittelpunkt stehen vielmehr triadische Konstellationen von Tätern-Opfern-Zuschauern, deren Rollen nicht statisch sind, sondern ineinander übergehen.¹⁴

Zweitens muss »Staat« anders konzeptionalisiert, vor allem historisiert werden. Orientiert am späten Michel Foucault oder an Nicos Poulantzas gilt es nicht nur, staatliche Herrschaft als dezentral und als Arena sozialer Konflikte zu begreifen. Vielmehr geht es auch darum, die Möglichkeiten sozialer Gegenmacht zu erkunden und konzeptionell zu verankern.¹⁵ Zudem ist das enge Wechselspiel von Terrorismus und Staat zu beachten. Schon dieser Zusammenhang gibt der Analyse des Terrorismus vor allem der 1970er-Jahre eine unabwiesbare Relevanz. Denn in diesem Jahrzehnt, wann auch immer es in geschichtswissenschaftlicher Hinsicht genau begann und endete, veränderte sich staatliche Herrschaft in der Bundesrepublik grundlegend. Der in den frühen 1960er-Jahren begonnene Wandel sozialstaatlichen Handelns von einer engen Sozialpolitik zu einer weit gefassten Gesellschaftspolitik erlebte in der Folgedekade seinen Höhepunkt – als staatliche Institutionen über weit mehr Möglichkeiten gesellschaftlicher Steuerung und Planung verfügten als zuvor.¹⁶ Wie sich diese Wandlungen staatlicher Herrschaft auf die bundesdeutsche Gesellschaft auswirkten, ist eine umfassendere Fragestellung, die am Beispiel des Terrorismus und seiner Bekämpfung hervorragend untersucht werden kann.

13 Vgl. als erste Annäherungen *Helga Cremer-Schäfer/Heinz Steinert*, Straflust und Repression. Zur Kritik der populistischen Kriminologie, Münster 1998, insb. S. 94-165; *Klaus Weinhauer*, Eliten, Generationen, Jugenddelinquenz und innere Sicherheit. Die 1960er und frühen 1970er Jahre in der Bundesrepublik, in: *Requate*, Recht, S. 33-58, insb. S. 42-57. Zu den Neuen Sozialen Bewegungen vgl. *Roland Roth/Dieter Rucht* (Hrsg.), Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1987; *Karl-Werner Brand/Detlef Büsser/Dieter Rucht*, Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt/Main 1983.

14 Vgl. zur soziologischen Gewaltforschung *Trutz von Trotha*, Gewaltforschung auf Popitzschen Wegen. Antireduktionismus, Zweckhaftigkeit und Körperlichkeit von Gewalt und Herrschaft, in: *Mittelweg* 36 9, 2001/02, Nr. 6, S. 26-36; *Wolfgang Knöbl/Gunnar Schmidt* (Hrsg.), Die Gegenwart des Krieges. Staatliche Gewalt in der Moderne, Frankfurt/Main 2000; *Sighard Neckel/Michael Schwab-Trapp* (Hrsg.), Ordnungen der Gewalt. Beiträge zu einer politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges, Opladen 1999; *Rolf-Peter Sieferle/Helga Breuninger* (Hrsg.), Kulturen der Gewalt. Ritualisierung und Symbolisierung von Gewalt in der Geschichte, Frankfurt/Main etc. 1998; *Trutz von Trotha* (Hrsg.), Soziologie der Gewalt, Opladen 1997.

15 Vgl. *Nicos Poulantzas*, Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus, Hamburg 2002, (frz. Orig. 1977); zum späten Foucault vgl. die wichtigen Hinweise bei *Thomas Lemke*, Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität, Hamburg 1997.

16 Vgl. *Michael Ruck*, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie – Zur westdeutschen Planungsge-schichte der langen 60er Jahre, in: *Schildt/Siegfried/Lammers*, S. 362-401; vgl. auch die Sektion »Planung als Reformprinzip«, in: *Frese/Paulus/Teppe*, S. 249-491.

Jedoch darf der Fokus der Analyse keinesfalls zu eng auf das Agieren staatlicher Instanzen gerichtet werden. Denn vor allem hier ist die bisherige Terrorismusforschung auch Opfer einer Konzeptionalisierung von Staat geworden, die ihn sehr monolithisch und übermächtig gezeichnet hat. Beim Blick auf den Leviathan sind soziale Gegenentwicklungen aus dem Blick geraten; die Gesellschaft schien auf die Rolle eines »Reaktionsdeppen« (Trutz von Trotha) festgelegt zu sein. Diese Verengung ließ den Staat nicht zuletzt durch die Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung immer (über)mächtiger erscheinen, da er gesellschaftliche Freiräume mehr und mehr einengte. Zu fragen bliebe jedoch, ob es nicht auch gesellschaftliche Gegenreaktionen auf den Terrorismus und seine Bekämpfung gab.

So ließe sich auch klären, ob es tatsächlich nur zu Beginn der 1970er-Jahre eine Aufbruchphase gegeben hat und danach alles auf die »bleierne Zeit« des »Deutschen Herbst«¹⁷ von 1977 zusteuerte. Sowohl diese Dekonstruktion übermächtiger Staatlichkeit als auch die Infragestellung teleologischer Vorannahmen schaffen Platz für den Blick auf gesellschaftliche Veränderungen – auch im »ganz normalen« Alltag.

Drittens ist es wichtig, die soziale Konstruktion des Terrorismus zu untersuchen. Wie beurteilten Polizei, Politiker und Medien den Terrorismus, welche Sprachbilder und Metaphern wurden dabei verwendet und welche Dramatisierungsmuster wurden in bestimmten historischen Situationen entwickelt? In diese Analyse sind auch die schriftlichen und mündlichen Verlautbarungen der Aktivisten sowie ihres Umfelds einzubeziehen. Grundsätzlich sind die Medien ein »integraler Bestandteil des terroristischen Kalküls«.¹⁸ Diese enorme Wichtigkeit von Medien gilt für alle Beteiligten, also nicht nur für die Terroristen. Alle Beteiligten schufen Narrative des Terrorismus, die es zu untersuchen gilt.

Grundsätzlich bietet nämlich die Analyse der Medienberichterstattung sehr viel versprechende, aber bislang kaum genutzte Erkenntnismöglichkeiten über den Terrorismus.¹⁹ Um wichtige Aspekte seiner sozialen Konstruktion zu entschlüsseln, sollte vor allem untersucht werden, wie aus den durch terroristische Anschläge Getöteten, aber auch aus ermordeten bzw. inhaftierten Terroristen Opfer »gemacht« wurden und wie die Inszenierungen funktionierten. Abgesehen von einer allgemeinen Medienanalyse (u.a. Fernsehen, Presse, Nachrufe, Bekennerschreiben) bieten sich hierzu vor allem Beerdigungsfeiern an.²⁰ Es sollte aber auch unter die Lupe genommen werden, welche Symbole staatliche Institutionen, Terroristen und ihre Unterstützer verwendeten, welche Mythen wie und warum inszeniert wurden. Hier könnten die Schriften Jean Baudrillards zum aktuellen Terrorismus wichtige Anregungen liefern.²¹

Viertens können sozial- und kulturgeschichtliche transnationale Vergleiche dazu beitragen, vorschnelle Urteile über bundesdeutsche Besonderheiten zu relativieren. So könnte z.B. der Blick auf Italien dabei helfen, die vielen Unsicherheiten – dazu später

17 Ein deutscher Herbst. Zustände 1977, Frankfurt/Main 1997, (Orig. 1978).

18 Waldmann, Terrorismus, S. 57.

19 Erste Ansätze bei Heinz Steinert, Die Reaktion der Öffentlichkeit auf den Terrorismus, in: Jugend und Terrorismus. Ein Hearing des Bundesjugendkuratoriums, München 1979, S. 41-60.

20 Anregende Impulse vermitteln Sabine Behrenbeck, Gefallenengedenken in der Weimarer Republik und im »Dritten Reich«, in: Sabine R. Arnold/Christian Fuhrmeister/Dietmar Schiller (Hrsg.), Politische Inszenierung im 20. Jahrhundert. Zur Sinnlichkeit der Macht, Wien etc. 1998, S. 35-55; sowie Volker Ackermann, Staatsbegräbnisse in Deutschland von Wilhelm I. bis Willy Brandt, in: Etienne François (Hrsg.), Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1995, S. 252-273.

21 Vgl. Jean Baudrillard, Der Geist des Terrorismus, Wien 2002; wichtig auch Joanne Wright, Terrorist Propaganda. The Red Army Fraction and the Provisional IRA 1968-1986, Basingstoke 1991.

mehr – sowie das autoritäre Staatsverständnis in der bundesdeutschen Gesellschaft breiter einzuordnen²². Aber auch die oft überschätzten internationalen Vernetzungen des Terrorismus wären so zu entschlüsseln. Ausgehend von den bislang vorliegenden Studien ließe sich anknüpfen an die (wenigen) komparativen Studien über die 68er-Bewegungen.²³

All dies ist an eine wichtige Voraussetzung geknüpft: an die liberale Öffnung aller staatlichen Archive der Innen- und Justizbehörden, der Staatsanwaltschaften sowie der verschiedenen Polizeizweige. Denn der bisherigen Terrorismusforschung stand nur ein begrenzter Quellenkorpus zur Verfügung, der zudem noch sehr selektiv ausgewertet wurde.

Der vorliegende Aufsatz kann dieses Forschungsprogramm logischerweise nur im Ansatz einlösen. Vielmehr geht es darum, am Beispiel des Terrorismus einige Perspektiven einer Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit aufzeigen. Auf diese Einleitung folgt eine knappe ereignisgeschichtliche Skizze des Terrorismus der späten 1960er- und der 1970er-Jahre (II.). Dann werden einige von der sozial- und politikwissenschaftlichen Forschung herausgearbeitete Rahmenbedingungen für die Entstehung von Terrorismus in der Bundesrepublik vorgestellt und anhand der neueren geschichtswissenschaftlichen Forschung überprüft (III.). Anschließend widmet sich ein längerer Abschnitt dem Verhältnis von Terrorismus und Staat im Zeichen der Inneren Sicherheit (IV.) Den Abschluss bilden eine Zusammenfassung sowie ein Ausblick mit einigen Gedanken über die Bedeutung der gesellschaftsgeschichtlichen Terrorismusforschung für die noch ausstehende Analyse der 1970er-Jahre in der Bundesrepublik (V.).

II. DIE ENTWICKLUNG DES BUNDESDEUTSCHEN TERRORISMUS

Die Frühphase bis 1972

Der frühe bundesdeutsche Terrorismus ist in öffentlichen Debatten inzwischen sehr stark personalisiert und untrennbar verbunden mit den Namen von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Horst Mahler. Der Brandanschlag auf ein Frankfurter Kaufhaus im April 1968 markiert ebenso ein wichtiges Datum für die Geschichte des bundesdeutschen Terrorismus wie die Befreiung von Andreas Baader im Mai 1970, die zumeist als das Gründungsdatum der »Rote Armee Fraktion« (RAF) oder der »Baader-Meinhof-Gruppe« verstanden wird.

Neben der RAF gab es jedoch seit 1969 viele andere militante Gruppierungen, vor allem in Berlin. Zu diesen Gruppen gehörten der »Zentralrat der umherschweifenden Hasch-Rebellen«, die »Tupamaros Westberlin« sowie der »Blues« – alles Vorgängerorganisationen der »Bewegung 2. Juni«, die Anfang 1972 offiziell gegründet wurde.²⁴ Diese Gruppen kamen im Vergleich zur RAF eher aus proletarischen Milieus, waren anfangs mit den Westberliner Drogenszenen verbunden und beschränkten ihre Aktionen auf

22 Dies gilt umso mehr, als für Italien bereits einige sehr gute sozialwissenschaftliche Arbeiten vorliegen, die teilweise sogar den Terrorismus in Deutschland einbeziehen. Vgl. stellvertretend für ihre anregenden Arbeiten *Donatella della Porta*, *Social Movements, Political Violence, and the State: a comparative analysis of Italy and Germany*, Cambridge etc. 1995.

23 Vgl. als Grundlage *Gilcher-Holtey*. Vgl. zum internationalen Vergleich in der Terrorismusforschung neben den Beiträgen in *Hess u.a.*; *della Porta*; *dies.* (Hrsg.) *Social Movements and Violence: Participation in Underground Organizations*, Greenwich, Conn. etc. 1992.

24 Vgl. als autobiografisch gefärbte Berichte *Baumann*; *Meyer*; *Reinders/Fritzsche*; *Vieth*. Die Tupamaros waren eine militante Gruppierung aus Uruguay.

Westberlin.²⁵ Die ersten Konfrontationen entwickelten sich im Umfeld von Polizeieinsätzen, bei denen Szene-Kneipen u.a. auf Drogen kontrolliert wurden. Diese »Straßenschlachten« glichen eher mehr oder weniger geplanten Verteidigungen eigener »turfs« gegen ungewollte staatliche Eindringlinge als langfristig geplanten Politaktionen mit darüber hinausweisenden Zielen.²⁶ Diese frühen Aktivitäten mit dem Begriff Terrorismus zu belegen, fällt nicht leicht. Neben der Erfahrung mit Polizeieinsätzen verlief die Radikalisierung in diesen lockeren Gruppierungen weniger über die Aneignung politisch-theoretischer Kenntnisse als über einen kulturrevolutionären Lebensstil, oft vermittelt über Musik und Drogenkonsum sowie durch internationale Kontaktnetzwerke. Erst 1970 schritt hier die Radikalisierung weiter voran und auch die Aktionen waren weniger »spaßbetont«. Die größte öffentlichkeitswirksame Aktion der Bewegung 2. Juni war die Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz im Februar/März 1975, mit der inhaftierte Aktivisten freigesetzt wurden.²⁷

Im Sommer 1972 entstanden dann erste Gedanken zur Gründung einer ebenfalls halblegalen Organisation, die zunächst im Singular als »Revolutionäre Zelle« bezeichnet wurde.²⁸ Daraus gingen im Folgejahr die »Revolutionären Zellen« (RZ) hervor, deren Entwicklung wissenschaftlich jedoch bislang kaum untersucht worden ist. Die weiblichen Vertreter der RZ, traten in den 1980er-Jahren auch unter dem Namen »Rote Zora« auf. Die Darstellung der RZ als Vertreterinnen und Vertreter einer »Gegenmacht in kleinen Kernen«²⁹ muss sich auf die Nennung einiger beschränken; dazu gehörte die Beteiligung an der Besetzung der Wiener Konferenz der OPEC (Organization of the Petrol Exporting Countries) im Dezember 1976 sowie an der Entführung einer Air-France-Maschine im Juni desselben Jahres nach Entebbe (Uganda), die Erschießung des Hessischen Wirtschaftsministers Herbert Karry am 11. Mai 1981; Aktivitäten gegen den Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens sowie zahlreiche Anschläge u.a. gegen Unternehmen(sverbände), Polizeieinrichtungen, Richter und Ausländerbehörden.³⁰

Von all diesen Gruppen fand die RAF jedoch die größte öffentliche Resonanz. Dies führt die bisherige Forschung darauf zurück, dass sich die bekannte linke Journalistin Ulrike Meinhof sowie ein populärer linker Anwalt, Horst Mahler, daran beteiligten.³¹ Die frühe RAF bestand eigentlich nur etwa zwei Jahre. Bereits im Herbst 1970 wurden wichtige RAF-Mitglieder, unter ihnen Horst Mahler, verhaftet. Viele der übrigen Aktivisten setzten sich nach Westdeutschland ab. Die politischen Mobilisierungsversuche der RAF der frühen 1970er-Jahre zielten auf gesellschaftliche Randgruppen (z.B. Jugendliche in Fürsorgeheimen), auf das Industrieproletariat sowie auf die Unterdrückten der Dritten Welt.³² Diese Gruppen bildeten das, was Herfried Münkler als die »potentiell

25 Vgl. Dieter Claessens/Karen de Ahna, Das Milieu der Westberliner »scene« und die »Bewegung 2. Juni«, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Analysen zum Terrorismus, Bd. 3, Opladen 1982, S. 478-525; ferner aus der Binnenperspektive Baumann; Reinders/Fritzsche.

26 Solche Aktionen werden aus der Sicht ehemaliger Aktivisten farbig beschrieben von Reinders/Fritzsche, S. 21-27; Baumann, S. 57-61; Meyer, S. 138-141.

27 Vgl. neben Reinders/Fritzsche, insb. S. 61-113: Jacques Schuster, Heinrich Albertz. Der Mann, der mehrere Leben lebte. Eine Biographie, Berlin 1997, S. 277-302.

28 Vgl. Sebastian Scheerer, Deutschland. Die ausgebürgerte Linke, in: Hess u.a., S. 193-429, S. 343 f. sowie die umfangreiche Dokumentation ID-Archiv im IISG/Amsterdam (Hrsg.), Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora, (2 Bde.), Berlin 1993.

29 Ebd., S. 82.

30 Vgl. dazu die Erklärungen in ebd.

31 Vgl. Scheerer, Linke, S. 292.

32 Vgl. dazu die Texte in: Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997; Texte der RAF, Malmö 1977.

interessierten Dritten« bezeichnet hat, für deren Belange es sich einzusetzen galt.³³ Vor dem Hintergrund eines regen internationalen Austausches mit anderen (militanten) Aktivisten bildeten der Vietnamkrieg und auch die Rolle der Bundesrepublik in diesem Konflikt einen weiteren generellen Bezugspunkt.

Bei den Konfrontationen zwischen Staatsorganen und militanten Aktivisten wurden seit Sommer 1971 immer wieder Menschen erschossen: Petra Schelm (am 15. Juli 1971 in Hamburg), Norbert Schmid, ein Zivilfahnder der Hamburger Polizei (ebenfalls in Hamburg am 22. Oktober 1972), Georg von Rauch (am 4. Dezember 1972 in Berlin), Thomas Weisbecker (am 2. März 1972 in Augsburg) sowie der Hamburger Kriminalhauptkommissar Hans Eckhardt (er starb am 23. März 1972). Es folgten weitere Tote und Verletzte unter militanten Aktivisten und Polizisten, aber auch unter Unbeteiligten. Vor allem seit 1977 kamen gezielte terroristische Mordanschläge hinzu.³⁴

Eine erste Hochphase erlebte der militante Aktivismus in der Bundesrepublik während der so genannten Maioffensive 1972. Hierbei kam es u.a. zu Anschlägen auf das Hauptquartier des 5. AK der US-Streitkräfte (»Kommando Petra Schelm«), auf das Auto von Bundesrichter Wolfgang Buddenberg (»Kommando Manfred Grashof«) sowie auf das Springergebäude in Hamburg (»Kommando 2. Juni«). Nach diesen Anschlägen wurden jedoch alle führenden RAF-Mitglieder im Juni/Juli 1972 verhaftet.

Seit etwa Sommer 1971 entstand in gesellschaftlichen Teilmilieus der Bundesrepublik zeitweise eine Atmosphäre von Toleranz und Sympathie für die RAF.³⁵ Insgesamt gesehen gab es in diesem Zeitraum innerhalb der linken Szene eine gewisse Sympathie und sogar eine begrenzte Hilfsbereitschaft gegenüber der RAF; die frühen Schriften der Gruppe wurden zu viel begehrten Publikationen. Wie eine repräsentative Umfrage im März 1971 ergab,³⁶ waren die Protagonisten der RAF (Baader, Meinhof, Mahler) mehr als vier Fünfteln der Befragten bekannt; 51 Prozent (knapp 60 Prozent bei Männern und gut 40 Prozent bei Frauen) hielten die RAF-Mitglieder für »politische Kämpfer«; besonders hoch lag diese Quote unter denjenigen, die eine höhere Schule besucht hatten. Anders als bei heutigen Debatten stufte nur ein Fünftel der im März 1971 Befragten die RAF-Aktivisten als Kriminelle ein. Allerdings hätten nur fünf Prozent der Bundesbürger die RAF-Mitglieder für eine Nacht aufgenommen, um ihnen kurzzeitig Schutz zu bieten.

Nach den Festnahmen vom Juni/Juli 1972 wurde die RAF zu einer politischen Institution, die immer mehr mit Terrorismus gleichgesetzt wurde, nicht der Blues oder der 2. Juni.³⁷ Seitdem hatte es die RAF im Gegensatz zu anderen militanten Gruppierungen zumindest unter formal Hochgebildeten geschafft, ein politisches Symbol zu werden. Dieses Symbol stand nicht vorrangig für die politischen Ziele der Gruppe, sondern bezog sich auf den Unwillen gegenüber den staatlichen Reaktionen auf die RAF.³⁸ Oft war es eine schlichte Hilfsbereitschaft gegenüber Verfolgten, die sich hier äußerte.³⁹ Die sozialwissenschaftliche Terrorismusforschung der 1980er-Jahre resümiert: Die »Reaktion auf

33 Vgl. *Herfried Münkler*, *Guerillakrieg und Terrorismus*, in: NPL 25, 1980, S. 299-326, Zitat: S. 317.

34 Es fehlen genaue, quellenmäßig belegte Zahlenangaben über alle diejenigen, die durch terroristische Aktivitäten und bei deren Bekämpfung ums Leben kamen oder verletzt wurden. Vgl. als grobe Orientierung *Klaus Pflieger*, *Rote Armee Fraktion – RAF. 14.5.1970 bis 20.4.1998*, Baden-Baden 2004, S. 26-30 u. 183 ff.; ferner *Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien*, S. 514-523.

35 *Scheerer*, *Linke*, S. 330 u. 333 f.

36 Vgl. *Elisabeth Noelle-Neumann* (Hrsg.), *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968-73*, München 1973, S. 237 f.

37 Ebd., S. 337.

38 Vgl. *Manfred Kepplinger*, *Statusdevianz und Meinungsdevianz. Die Sympathisanten der Baader-Meinhof-Gruppe*, in: KZfSS 26, 1974, S. 770-800, 780; *Scheerer*, *Linke*, S. 334.

39 *Friedhelm Neidhardt*, *Soziale Bedingungen terroristischen Handelns. Das Beispiel der »Baader-Meinhof-Gruppe« (RAF)*, in: Bundesministerium des Innern, Bd. 3, S. 317-391, S. 344.

den bewaffneten Kampf wurde mehr und mehr zur Ursache für dessen unerwarteten Weiterbestand«. ⁴⁰ Somit trug der staatliche Umgang mit den inhaftierten RAF-Mitgliedern entscheidend dazu bei, den Terrorismus am Leben zu erhalten.

Die Hochphase bis 1977

Dieser Zeitraum ist noch schlechter erforscht als die früheren Jahre. Nach den Festnahmen im Sommer 1972 schien die RAF am Ende zu sein. Dies galt umso mehr, als der erste Ansatz zu einer Neugründung von der Polizei am 4. Februar 1974 zerschlagen wurde, vor allem in Hamburg, aber auch in Frankfurt. ⁴¹ Nach 1972 änderten sich nicht nur die Nahziele, sondern auch die Rekrutierungs- und Radikalisierungsmuster der militanten Aktivisten gegenüber früheren Jahren. So war die RAF seit 1972 vorrangig bemüht, die Gefangenen zu befreien, alles andere trat dahinter zurück.

Gegenüber der ersten Phase des Terrorismus verlief die Rekrutierung und radikale Politisierung der späteren Aktivisten über drei Ebenen: Erstens sind hier die Prozesse gegen RAF-Mitglieder zu nennen. Vor allem das Stammheimer Strafverfahren von Mai 1975 bis April 1977 – ein »Prozeß mit Folgeschäden für den Rechtsstaat« – hielt das Interesse an der RAF wach und lieferte gleichzeitig Anlässe zur Radikalisierung – auch unter den beteiligten Anwälten. ⁴² Aber bereits vorher hatten kleinere Strafprozesse gegen politische Aktivisten für öffentliches Aufsehen gesorgt, waren aber auch von RAF-Unterstützerinnen und -unterstützern genutzt worden, um dort politische Statements abzugeben. ⁴³

Zweitens wandte sich die Mobilisierungsstrategie der RAF den Haftbedingungen ihrer Gefangenen zu. Erste Erfahrungen waren bereits im überregionalen »Knastcamp« in Ebrach im Juli 1969 gesammelt worden, wo diejenigen zusammenkamen, die gefangene Politaktivisten von außerhalb der Gefängnisse unterstützen wollten. Hierunter befanden sich viele spätere RAF-Mitglieder. ⁴⁴ Seit 1973 standen die Unterstützung von Hungerstreiks sowie der Kampf gegen die »Isolationshaft« im Zentrum. Diese Aktivitäten verstärkten sich nach dem Tod von Holger Meins am 9. November 1974 und von Ulrike Meinhof am 9. Mai 1976. ⁴⁵ Im April 1973, kurz nach dem ersten kollektiven Hungerstreik gefangener Terroristen, entstanden in bundesdeutschen Städten örtliche »Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD und West-Berlin«. ⁴⁶ Aber auch

⁴⁰ Scheerer, Linke, S. 382.

⁴¹ Vgl. zu Hamburg Hans Josef Horchem, Auch Spione werden pensioniert, Herford u.a. 1993, S. 87-94; ferner Scheerer, Linke, S. 355.

⁴² Der Spiegel, Nr. 19 vom 2.5.1977, S. 36; Vgl. Pieter Bakker Schut, Stammheim. Der Prozeß gegen die Rote Armee Fraktion, Kiel 1986; Heinrich Hannover, Terroristenprozesse. Erfahrungen und Erkenntnisse eines Strafverteidigers, Hamburg 1991; ferner zu den Terroristenprozessen die ersten Annäherungen von Jörg Requate, Demokratisierung der Justiz? Rechtsdenken und Reformbestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, 1950er bis 1980er Jahre, Habilitationsschrift Universität Bielefeld 2003 (Ms.), S. 418 f. Vgl. auch Stefan Reinecke, Otto Schily. Vom RAF-Anwalt zum Innenminister. Biographie, Hamburg 2003, insb. Kap. 4-8.

⁴³ Vgl. Margot Overath, Drachenzähne. Gespräche, Dokumente und Recherchen aus der Wirklichkeit der Hochsicherheitsjustiz, Hamburg 1991 (u.a. zu den Prozessen gegen Werner Hoppe, 1972 u. Klaus Jünschke, 1975).

⁴⁴ Vgl. zu Ebrach Claessens/de Ahna, S. 119 f.; Koenen, Vesper, S. 223 f.

⁴⁵ Vgl. zu Holger Meins Gerd Conradt, Starbuck. Holger Meins, Berlin 2001; vgl. zur Bedeutung seines Todes Wisniewski, S. 18 f.

⁴⁶ Vgl. Rote Armee Fraktion. Text und Materialien, S. 182 sowie: Aufruf der Anwälte der Politischen Gefangenen, in: Kursbuch 32, August 1973, S. 181-182; Bakker Schut, S. 99 f.; Gerd Langguth, Protestbewegung. Entwicklung, Niedergang, Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, Köln 1983, S. 228 f.

die Roten Hilfen (1970 in Berlin, später auch in anderen Großstädten gegründet) setzten sich ebenso wie die Schwarzen Hilfen für gefangene Terroristen ein.⁴⁷

Drittens gingen Radikalisierungstendenzen von den Hausbesetzungen der frühen 1970er-Jahre aus. In Frankfurt wurden im September 1970 erstmals Häuser besetzt, die bekanntesten Aktionen erfolgten dann in der Bockenheimer Landstraße (Oktober/Dezember 1971) und im Kettenhofweg (Dezember 1971 und Februar 1972).⁴⁸ Bei polizeilichen Räumungen kam es zu schweren Konfrontationen zwischen Polizei und Besetzern.⁴⁹ In Berlin wurden im Juli und Dezember 1971 zwei Häuser besetzt, in denen dann das Jugendzentrum Kreuzberg und das Georg-von-Rauch-Haus entstanden.⁵⁰ Auch in Hamburg, hier ging es um die Räumung des Hauses Ekthofstraße 39 im Mai 1973, radikalisierten harte polizeiliche Aktionen die Politisierung und führten zu einer Verbitterung unter den Besetzern und in ihrem Umfeld. Etliche der Ekthofstraßen-Aktivist*innen gingen später in den Untergrund und beteiligten sich z.B. am Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm am 24. April 1975.⁵¹

Das Jahr 1977 markiert dann den Höhepunkt terroristischer Aktivitäten und damit der Bemühungen, inhaftierte Terroristen frei zu bekommen.⁵² Erinnert sei an die Ermordungen von Generalbundesanwalt Siegfried Buback (7. April, »Kommando Ulrike Meinhof«) und des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Jürgen Ponto, (30. Juli) sowie an die Entführung und Ermordung von Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer und seinen Begleitern (ab 5. September, »Kommando Siegfried Hausner«), ferner an die Entführung einer Lufthansa-Maschine (durch ein palästinensisches Kommando, 13. Oktober) und deren Erstürmung durch die Antiterrorereinheit des Bundesgrenzschutz, die Grenzschutzsondergruppe (GSG) 9, am 17. Oktober 1977.

Am Morgen des 18. Oktober 1977 wurden Andreas Baader, Gudrun Ensslin sowie Jan-Carl Raspe tot und Irmgard Möller schwer verletzt in ihren Zellen in Stammheim aufgefunden. Ingrid Schubert starb im November in München-Stadelheim, erhängt in ihrer Zelle. Vor allem die Frage, ob die Stammheimer Toten ermordet worden waren oder Selbstmord begangen hatten, sorgte lange für Diskussionsstoff – speziell innerhalb der Linken.⁵³ In den Folgejahren wurden weitere Terroristen festgenommen – auch in

47 Vgl. zur Stimmung in der Berliner Schwarzen Hilfe Viett, S. 85 f.; ferner Wisniewski, S. 24 f.; generell vgl. dazu auch den Beitrag von Wolfgang Kraushaar in diesem Band.

48 Vgl. dazu Andreas Veiel, Black Box BRD. Alfred Herrhausen, die Deutsche Bank, die RAF und Wolfgang Grams, Stuttgart etc. 2002, insb. S. 76-88.

49 Vgl. Häuserrat Frankfurt, Wohnungskampf in Frankfurt, München 1974; ferner Werner Lindner, Jugendprotest seit den fünfziger Jahren. Dissens und kultureller Eigensinn, Opladen 1996, S. 260-271.

50 Vgl. Manfred Kappeler u.a., Ein Ansatz proletarischer Jugendarbeit im Stadtteil. Das Georg-von-Rauch-Haus in Berlin-Kreuzberg, in: Erziehung und Klassenkampf 1972, H. 7, S. 7-59.

51 Vgl. zur Ekthofstr. Michael Grüttner, Wem die Stadt gehört. Stadtplanung und Stadtentwicklung in Hamburg 1965-1975, Hamburg 1976, S. 171-178; Schiller, S. 116; Wunschik, S. 208.

52 Vgl. als journalistische Überblicke Peters, S. 214-276; Aust, S. 434-592; zur Schleyer-Entführung: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Dokumentation zu den Ereignissen und Entscheidungen im Zusammenhang mit der Entführung von Hanns Martin Schleyer und der Lufthansa-Maschine »Landshut«, Bonn 1977; ferner Lutz Hachmeister, Schleyer. Eine deutsche Geschichte, München 2004; sowie eher literarisch Peter-Jürgen Boock, Die Entführung und Ermordung des Hanns-Martin Schleyer. Eine dokumentarische Fiktion, Frankfurt/Main 2002; Klaus Pflieger, Die Aktion »Spindy«. die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Dr. Hanns-Martin Schleyer, Baden-Baden 1997.

53 Vgl. Karl-Heinz Weidenhammer, Selbstmord oder Mord? Todesermittlungsverfahren Baader/Ensslin/Raspe, Kiel 1988. Vgl. kritisch Oliver Tolmein/Detlef zum Winkel, Nix gerafft. 10 Jahre deutscher Herbst und der Konservatismus der Linken, Hamburg 1987, insb. S. 57-64.

der DDR. Es gab aber trotzdem noch spektakuläre Mordanschläge. Die Selbstauflösung der RAF erfolgte im April 1998.⁵⁴

1977 vermittelten die bundesdeutschen Boulevardblätter und auch ihre anspruchsvolleren Pendanten, vor allem aber ausländische Zeitungen wie die *Times*, Bilder vollkommener Hysterie. Während der Schleyer-Entführung sah die *Bild*-Zeitung die Bundesrepublik gar auf dem Weg zu einer Bananenrepublik.⁵⁵ Meinungsumfragen vom Februar 1978 ergaben, dass neun von zehn Befragten den Staat durch den Terrorismus tatsächlich bedroht wähten.⁵⁶ Linke und liberale Intellektuelle sahen sich einem Generalverdacht als »Sympathisanten« ausgesetzt. Im letzten Drittel der 1970er-Jahre begannen sich im linksliberalen und akademischen Milieu der 68er-Aktivistinnen »Distanzierung und Entsolidarisierung« gegenüber der RAF auszubreiten.⁵⁷

III. ENTSTEHUNGSBEDINGUNGEN DES TERRORISMUS

Die gesellschaftsbezogene Terrorismusforschung der 1980er-Jahre hat einige Besonderheiten herausgearbeitet, von denen die Entstehung des Terrorismus in der Bundesrepublik gefördert wurde. Im Mittelpunkt dieser Erkenntnisse, die auch durch einen Vergleich mit anderen europäischen Staaten wie Italien, Frankreich und den Niederlanden erarbeitet wurden, stand eine spezielle »deutsche Empfindlichkeit«.⁵⁸ Diese wurde bestimmt von einer traumatisch unaufgearbeiteten NS-Vergangenheit sowie von einer defizitären nationalen Identität. Hinzu kam eine stark ausgeprägte »Staatsgläubigkeit«, geprägt von der »Ersatz-Legitimität«⁵⁹ des Wohlstands und des wirtschaftlichen Erfolgs.⁶⁰ All dies verursachte eine »tiefe gesellschaftliche Unsicherheit«.⁶¹ Zudem dominierte ein Gesellschaftsverständnis, das stark von Konfliktscheu und einem Streben nach Einheitlichkeit gekennzeichnet war. Darüber hinaus waren in der bundesdeutschen Gesellschaft, so Heinz Steinert, im europäischen Vergleich besonders starke »Ausschluss-Reaktionen« vorhanden. Vor allem der politische Ausschluss der Linken sei in der Bundesrepublik stärker gewesen als in Italien oder Frankreich. Hinzu kam das nach rechts verschobene politische Spektrum, in dem linke Milieus nur schwache Integrationskräfte besaßen.⁶² Insgesamt gesehen wird in der gesellschaftsbezogenen Forschung davon ausgegangen, dass sich der Terrorismus anders entwickelt hätte, wären die »Legitimationsdecke der herrschenden Ordnung nicht so arg dünn« und auch die staatlichen Reaktionen auf die Proteste nicht »so übermäßig aggressiv« gewesen.⁶³

54 Vgl. zur weiteren Entwicklung der RAF Peters, S. 299-424 u. 443-468; Oliver Tolmein, *Stammheim vergessen. Deutschlands Aufbruch und die RAF*, Hamburg 1992; Michael Müller/Andreas Kronenberg, *Die RAF-Stasi-Connection*, Berlin 1992; zur Erklärung von 1998 vgl. FR vom 22.4.1998.

55 Vgl. John Pridham, *Terrorism and the State in West Germany during the 1970s. A Threat to Stability or a Case of Political Over-Reaction?*, in: Juliet Lodge (Hrsg.), *Terrorism: A Challenge to the State*, Oxford 1981, S. 11-56, hier: S. 42.

56 Ebd., S. 44.

57 Geronimo, *Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen*, Amsterdam etc. 1990, S. 67; vgl. auch Tolmein/zum Winkel, S. 134 f.

58 Steinert, *Erinnerung*, S. 46 u. 49;

59 Steinert, *Bedingungen*, S. 532; vgl. auch ebd., S. 501.

60 Ebd., S. 564.

61 Sebastian Scheerer, *Die Bundesrepublik Deutschland oder: die Gefahren der »deutschen Empfindlichkeit«*, in: Bundesministerium des Innern, Bd. 4/2, S. 463-470, Zitat: S. 469.

62 Steinert, *Erinnerung*, S. 44 f.

63 Scheerer, *Linke*, S. 197.

Durch das Zusammenwirken dieser Faktoren seien gesellschaftliche und politische Strukturprobleme verdrängt worden durch die Hochschätzung wirtschaftlicher Erfolge sowie durch die Konzentration auf die Abwehr innerer und äußerer Bedrohungen. Oft wurde aus kleineren Abweichungen ein »Fundamentaldissens«⁶⁴ konstruiert. Oder wie Norbert Elias es formulierte: Als der Wirtschaftsaufschwung als das »einzige Symbol des gemeinsamen Stolzes« an Glanz verlor, traten gesellschaftliche Konflikte offener zutage. Vor dem Hintergrund der nicht aufgearbeiteten NS-Vergangenheit entstand ein Teufelskreis der »Furcht vor der Gewalttat des jeweils anderen«.⁶⁵

Die neuere geschichtswissenschaftliche Forschung hat zwar zu den Themenfeldern NS-Vergangenheit, Gesellschafts- und Staatsverständnis sowie zur Entwicklung des Terrorismus aus der Studentenbewegung einige Differenzierungen herausgearbeitet, bislang ergeben sich jedoch noch keine grundlegenden Revisionen der Forschungsergebnisse der gesellschaftsbezogenen Terrorismusstudien. So wird der Umgang mit der NS-Vergangenheit von der geschichtswissenschaftlichen Forschung inzwischen differenzierter beurteilt. Im letzten Drittel der Sechzigerjahre kam es in der bundesdeutschen Bevölkerung zwar zu einer »Verweigerung gegenüber einer Vergangenheitsbewältigung von oben«.⁶⁶ Zudem rückte der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den 1970er-Jahren im Vergleich zur vorangegangenen Dekade in den Hintergrund. Langfristig gesehen schärfte sich das Problembewusstsein gegenüber der NS-Vergangenheit jedoch. Darüber hinaus sind auch die Nachwirkungen von Gewalterfahrungen und -praktiken während der NS-Herrschaft, wenn auch noch nicht genauer untersucht, so doch als Forschungsfeld thematisiert worden.⁶⁷ Auch mit Blick auf das Gesellschafts- und Staatsverständnis gab es ab Mitte der 1960er-Jahre wichtige Veränderungen. Es wurde nun nach und nach möglich, gesellschaftliche Ordnung konflikthaft, also weniger harmonisch zu denken. Der Begriff Gesellschaft löste allmählich organologisch orientierte Denkmuster ab.⁶⁸

Ebenfalls zum *Common Sense* der (kritischen) sozialwissenschaftlichen Forschung der 1980er-Jahre gehört die Erkenntnis, dass der Terrorismus aus der Jugend- und Studentenbewegung entstanden ist, ohne hier jedoch einen zwingenden Zusammenhang zu konstruieren.⁶⁹ Mit Blick auf den frühen Terrorismus betont die ernstzunehmende Forschung heute, der Weg in den politischen Untergrund sei nicht das Ergebnis eines vorab intellektuell ausgearbeiteten Plans gewesen, sondern habe sich jeweils situativ offen erst allmählich entwickelt. Zudem unterstützen und ergänzen jüngste zeitgeschichtliche Forschungen die These des Zusammenhangs von Studentenbewegung und Terrorismus. So wird dort inzwischen zu Recht betont, dass der Terminus »Studentenbewegung« zu eng ist, um die kulturelle Revolte der 1960er-Jahre und ihre zahlreichen Trägergruppen zu charakterisieren. Vielmehr war das Zusammenwirken von subkulturellen Impulsen und

64 Scheerer, Gefahren, S. 469.

65 Norbert Elias, Gedanken über die Bundesrepublik, in: *ders.*, Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1998, S. 519-552, Zitat: S. 543, (Orig. 1989).

66 Detlef Siegfried, Zwischen Aufarbeitung der Vergangenheit und Schlußstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten 1958-1969, in: *Schildt/Siegfried/Lammers*, S. 77-113, Zitat: S. 113.

67 Vgl. dazu Klaus Naumann (Hrsg.), Nachkrieg in Deutschland, Hamburg 2001, S. 12 f.

68 Vgl. dazu Paul Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 268, 380, 389 f.; ferner für die Polizei Klaus Weinhauer, Staatsbürger mit Sehnsucht nach Harmonie? Gesellschaftsbild und Staatsverständnis in der westdeutschen Polizei der sechziger Jahre, in: *Schildt/Siegfried/Lammers*, S. 444-470.

69 Vgl. Steinert, Erinnerung; Neidhardt; vgl. zur Jugendsubkultur der 1970er-Jahre den Beitrag von Detlef Siegfried in diesem Band.

Politisierungstendenzen ein wichtiges Kennzeichen dieser 68er-Bewegungen.⁷⁰ Bei deren Zerfall entstanden ab 1969/70 viele politische Gruppierungen. Zu nennen wären die K-Gruppen (u.a. kommunistisch, trotzkistisch oder maoistisch orientiert), antiautoritäre Zusammenschlüsse (u.a. die Proletarische Front) sowie Basis- und Betriebsgruppen, die neue Frauenbewegung und erste Aussteigerbewegungen wie Landkommunen, aber auch einige wenige terroristische Gruppierungen.⁷¹

Wichtige Schritte auf dem Weg in den militanten Untergrund lassen sich wie folgt zusammenfassen. Die Einbindung in die Netzwerke und Szenen der jugendlichen Subkulturen der 1960er-Jahre bzw. in künstlerischen Bohémekreisen sowie den dort verankerten alternativen Normen, Wertvorstellungen und Lebensformen bildeten einen wichtigen Erfahrungshintergrund vieler militanter Aktivisten.⁷² In Wohngemeinschaften (nicht nur in den bekannten Kommunen I oder II), Diskussionsgruppen, aber auch durch provokative Proteste und anderen kollektive Aktionen und Demonstrationen entwickelte sich eine kritische Haltung zu Normen und Werten der bundesdeutschen Gesellschaft.

Mit Blick auf die Jahre 1968/69 beschreibt Inge Viett, die später zur Bewegung 2. Juni gehörte, die Atmosphäre in der von ihr mitbenutzten Ladenwohnung:

»Hier trafen sich Frau und Mann, um über die neuesten aufregenden Ereignisse aus »Politszene« zu sprechen, guten Shit zu rauchen, die neusten Platten zu hören, chinesischen Tee zu trinken, vielleicht einen gemeinsamen LSD-Trip zu unternehmen, oder auch nur um ein bisschen anzugeben, »in« zu sein, wenn es um Andy Warhol oder Kommune I oder Che Guevara oder Ravi Shankar ging. Hier wurden keine Fragen der Zeit gestellt oder zu beantworten versucht, sondern die neuen Spielformen, die sie hervorbrachte, genossen. Manchmal ernsthaft, selten verpflichtend, meistens eher unverbindlich und lustvoll waren die Diskussionen, Parties und Sessions.«⁷³

Die diffuse skeptische Haltung gegenüber dem bundesdeutschen Staat und seinen Institutionen, die in diesen Kreisen zu finden war, wurde gefördert und polarisiert durch das »kritische Ereignis« (Pierre Bourdieu) der Erschießung von Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967, durch das Attentat auf Rudi Dutschke im April 1968 sowie durch die verzerrende Medienberichterstattung (nicht nur) über diese Ereignisse. Zudem wurden die neuen Provokationstaktiken seit etwa 1969 von einigen Aktivisten als wirkungslos angesehen. Zu dieser Ernüchterung kam es auch, weil die Arbeiterschaft in der Bundesrepublik die Studentenproteste weit überwiegend ablehnte.⁷⁴

Grundsätzlich trug das harte Vorgehen der Polizei gegen protestierende Studenten entscheidend zur Radikalisierung vieler Aktivisten bei.⁷⁵ Die Ordnungskräfte waren auf die

70 Vgl. bereits *Steinert*, Erinnerung, S. 23-29; sowie zum Begriff »68er Bewegung« *Ingrid Gilcher-Holtey*, Die 68er Bewegung. Deutschland, Westeuropa, USA, München 2001.

71 Vgl. als Überblick *Langguth*; sowie als neueste Fallstudie. *Michael Steffen*, Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991, Berlin u.a. 2002; sowie *Gerd Koenen*, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, Köln 2001; *Scheerer*, Linke, S. 279-286; ferner *Kristina Schulz*, Der lange Atem der Provokation. Die Frauenbewegung in der Bundesrepublik und in Frankreich 1968-1976, Frankfurt/Main etc. 2002.

72 Vgl. *Michael Schmidtke*, »Die Kunst des radikalen Nebeneinanders«. Die künstlerischen Avantgarden der Happening-Kunst und die politische Protestbewegung der sechziger Jahre, in: *Westfälische Forschungen* 48/1998, S.21-37; ferner *ders.*, Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt/Main etc. 2003, insb. S. 170-200.

73 *Viett*, S. 73.

74 *Steinert*, Erinnerung, S. 48; vgl. *Marica Tolomelli*, »Repressiv getrennt« oder »organisch verbündet«. Studenten und Arbeiter 1968 in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien, Opladen 2001.

75 Vgl. ausführlich *Fritz Sack*, Die Reaktion von Gesellschaft, Politik und Staat auf die Studentenbewegung, in: *Bundesministerium des Innern*, Bd. 4/2, S. 106-226; ferner *Steinert*, Erinnerung, S. 47 f.; *ders.*, Bedingungen, S. 451-461; *Neidhardt*, S. 335-339; sowie die Schilderungen bei *Viett*, S. 81 f.

Bekämpfung kommunistischer Aufstände vorbereitet, aber nicht auf die flexible Provokationstaktik der Aktivisten. Zwar griff die Polizei auch in anderen Ländern hart durch, doch galten diese Konfrontationen z.B. in Frankreich stärker als politische Konflikte als dies in der Bundesrepublik der Fall war. Mit Blick auf die Ergebnisse der gesellschaftsbezogenen Terrorismusforschung lässt sich zugespitzt formulieren: In der Bundesrepublik ging es oft darum, »politische Auseinandersetzungen rechtlich zu entscheiden, oder genauer: so zu tun, als sei eine Frage auch politisch erledigt, wenn sie rechtlich entschieden ist«. Hier wurde oft versucht, aus »Illegalität Illegitimität zu machen«.⁷⁶

Vor diesem Hintergrund interpretierten Demonstrierende ihre schockierenden Erfahrungen mit der Polizei in der Bundesrepublik als weit bedrohlicher als in anderen Ländern. Vor allem nachdem Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 von einem Polizisten erschossen worden war, stand im links-kritischen studentischen Milieu der »universelle Vorwurf des Faschismus im Raum«⁷⁷. Den studentischen Aktivisten wiederum standen Polizisten und Politiker gegenüber, die oft bereits während der Weimarer Republik im Dienst gestanden hatten. Unter ihnen waren, dies zeigt die neueste historische Forschung, Ängste vor einer »Weimarisierung« der bundesdeutschen Gesellschaft weit verbreitet.⁷⁸ Bei diesen Personen setzten gewalttätige Konfrontationen auf den Straßen, ohne dass hier eine Unausweichlichkeit postuliert werden soll, eine Assoziationskette in Gang, die vom Untergang der Weimarer Republik und damit vom Aufstieg des Nationalsozialismus bestimmt wurde. Angesichts dieser bereits angesprochenen »deutschen Empfindlichkeit« waren zudem die Sichtweisen stark polarisiert: während die eine Seite einen faschistoiden Staat am Werk sah, der radikal ausgrenzen wollte, sah die andere Seite die Existenz des Staates bedroht.⁷⁹

Diese Assoziationsketten wurden noch dadurch verstärkt, dass weder die Aktionen der Protestierenden noch der Polizei nur auf konkrete Ereignisse, Sachen oder Personen bezogen waren, sondern symbolische Dimensionen besaßen. Während die Demonstranten grundsätzliche Kritik (gegen den Kolonialismus oder Imperialismus) artikulierten, agierte auch die Polizei nicht nur bezogen auf die jeweilige Ordnungsstörung (gegen Sachen oder Personen), sondern schützte auch den »Nerv des staatlichen Systems«, nämlich das Gewaltmonopol.⁸⁰ Dabei handelten beide Seiten aus dem »Selbstverständnis ihrer jeweiligen Subkulturen«, die sich zudem sehr fremd waren. Oft überschätzten die Konfliktgegner die Intentionalität des Handelns ihres Gegenparts. In diesem Wechselspiel von gegenseitigen »verschwörungstheoretischen Mystifizierungen« des jeweils anderen fehlte früh die vermittelnde Kontrolle durch unbeteiligte Dritte und somit eine »Institutionalisierung von Augenmaß«. Zudem wurden Vermittlungsversuche von den Konfliktparteien abgelehnt. Vor allem in Westberlin, als dem Hauptschauplatz der Konflikte, übernahm die Presse keine Vermittlerrolle. Vielmehr entfalteten die Springerblätter eine »aufputschende Agitation« gegen die Protestierenden.

Angesichts der Wirkungslosigkeit bisheriger Aktionsformen, aber auch angesichts eines als skrupellos und gewalttätig wahrgenommenen Gegners suchten einige studentische Aktivisten mit Blick auf den eigenen Willen zur radikalen Veränderung gesellschaftlich-staatlicher Verhältnisse nach neuen Aktionsformen. Da die Konfliktkultur der Bundesrepublik kaum Anknüpfungspunkte bot, war dies ein weitgehend aus Südame-

⁷⁶ Steinert, Erinnerung, S. 47.

⁷⁷ Koenen, Vesper, S. 124. Dort wird auch die Gudrun Ensslin zugeschriebene Äußerung erwähnt: »Sie werden uns alle umbringen...«.

⁷⁸ Weinhauer, Schutzpolizei, S. 318.

⁷⁹ Steinert, Erinnerung, S. 46.

⁸⁰ Vgl. zum Folgenden Neidhardt, S. 336 ff.

rika importiertes Aufstandsmodell, orientiert an einer aus dem Untergrund agierenden »Stadtguerilla«.⁸¹

Die Zwänge des Lebens im Untergrund führten dann bei den Illegalen nicht nur zur sozialen Isolation, sondern auch zu einer polarisierten und militarisierten Wahrnehmung. Die Gruppe wurde zum einzigen sozialen und politischen Zentrum ihrer Mitglieder; hierin drehte es sich oft nur um die »Banalität des Überlebens«.⁸² So wurde die Frontstellung zu Staat und Gesellschaft zementiert. In den Worten von Peter Waldmann entwickelte sich eine »Eskalationsschraube von Isolierung und Radikalisierung«.⁸³

IV. TERRORISMUS UND STAAT IM ZEICHEN DER INNEREN SICHERHEIT

Die Karriere des politischen Schlagwortes »Innere Sicherheit« begann Anfang der 1970er-Jahre.⁸⁴ Dieser Aufschwung wurde durch zwei Entwicklungsstränge maßgeblich beeinflusst, deren Wurzeln bereits in den frühen 1960er-Jahren lagen. Grundsätzlich rückten innenpolitische Problemfelder stärker ins Rampenlicht der Politik, als die äußeren Bedrohungen der Bundesrepublik im Zuge des nachlassenden Kalten Kriegs abflauten. Beinahe zeitgleich wurden, erstens, immer häufiger gesellschaftliche Unsicherheiten thematisiert, die, zweitens, seit Ende der 1960er-Jahre durch den Begriff der Inneren Sicherheit (re-)politisiert wurden.

Zur ersten Tendenz: Auf der »Rückseite« der um Mitte der 1960er-Jahre einsetzenden Aufbruchstimmung zeichneten sich einige verunsichernde Entwicklungen in der bundesdeutschen Gesellschaft ab. Grundsätzlich müssen heute Fragen der Wahrnehmung dieser Probleme, man könnte auch sagen, deren »gefühlte« Aspekte, stärker berücksichtigt werden. Es geht also nicht mehr nur um (sozial)historisch nachweisbare Fakten. Ohnehin sollten diese Verunsicherungen mit Blick auf die Erkenntnisse der gesellschaftsbezogenen Terrorismusforschung der 1980er-Jahre inzwischen nicht mehr so pauschal auf die unverarbeitete NS-Vergangenheit zurückgeführt werden. So bliebe noch zu überprüfen, inwieweit die offenkundig weit verbreiteten Unsicherheiten und Angstgefühle einer »prekäre[n] Zivilität« im »Nachkrieg« nicht auch durch Gewalthandlungen mitbestimmt wurden, die während des Zweiten Weltkriegs praktiziert und erlebt wur-

81 Steinert, Erinnerung, S. 49. Vgl. zum Einfluss der Theorien der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt Ingo Juchler, Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik der sechziger Jahre. Eine Untersuchung hinsichtlich ihrer Beeinflussung durch Befreiungsbewegungen und -theorien aus der Dritten Welt, Berlin 1996, insb. S. 359-384.

82 Die starke Bedeutung der Gruppe im Untergrund wird vor allem betont von Neidhardt, Zitat: S. 382. Die hohe Bedeutung von Gruppennormen für den Zusammenhalt, die Weltsicht, aber auch für die Brutalisierung ihrer Mitglieder gilt nicht nur für die RAF. Vgl. mit Blick auf die NS-Polizei die eindrucksvollen Arbeiten von: Hans-Joachim Heuer, Brutalisierung und Entzivilisierung. Über das staatspolizeiliche Töten, in: Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), Die Gestapo – Mythos und Realität, Darmstadt 1995, S. 508-526; Christopher R. Browning, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die »Endlösung« in Polen. Mit einem Nachwort (1998), Reinbek 1999.

83 Waldmann, Terrorismus, S. 163; ferner Neidhardt, S. 345-351 u. 360-378; sowie zusammenfassend Uta Demes, Die Binnenstruktur der RAF. Divergenz zwischen postulierter und tatsächlicher Gruppenrealität, Münster etc. 1994.

84 Vgl. als ältere Studien Albrecht Funk/Falco Werkentin, Die siebziger Jahre. Das Jahrzehnt innerer Sicherheit, in: Wolf-Dieter Narr (Hrsg.), Wir Bürger als Sicherheitsrisiko. Berufsverbot und Lauschangriff. Beiträge zur Verfassung unserer Republik, Reinbek 1977, S. 189-210, hier: S. 202-205; Albrecht Funk, »Innere Sicherheit«. Symbolische Politik und exekutive Praxis, in: Bernhard Blanke/Helmut Wollmann (Hrsg.), Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel, Opladen 1991, S. 367-385; sowie mit historischer Perspektive Weinbauer, Schutzpolizei, S. 250-262.

den.⁸⁵ Als Reaktion darauf stand, folgt man der bisherigen Forschung, im bürgerlichen Gesellschaftsentwurf der 1950er-/60er-Jahre individuelle Affektkontrolle sehr hoch im Kurs: Der »entgrenzten und lustvoll besetzten Gewalt während des »totalen« Krieges folgte die totale Kontrolle nach innen«.⁸⁶

Insgesamt gesehen hat ein Bündel zeitgenössischer Veränderungen zu diesen Verunsicherungen und Ängsten beigetragen. Als bedrohlich galt der wirtschaftliche Einbruch von 1966/67, der zeitgenössisch weit dramatischer wahrgenommen wurde als er aus ökonomischer Sicht war, sowie die Serie von Landtagswahlerfolgen der NPD zwischen Ende 1966 und Frühjahr 1968. Zudem ist von einem Wandel gesellschaftlicher Normen und Werte auszugehen; im Verlauf dieses Wertewandels gewann z.B. Selbstverwirklichung gegenüber Pflichterfüllung an Bedeutung. Auch die allmähliche Durchsetzung der (Massen)Konsumgesellschaft führte zu Verunsicherungen. Denn Marktprinzipien stellten eingefahrene Alltagsentscheidungen infrage. Dies galt für die Freizeitgestaltung ebenso für Kleidungsfragen. Gleichzeitig trafen Liberalisierungstendenzen in der Konsum- und Freizeitgesellschaft auf relativ starre Strukturen und Dispositionen in (staatlichen) Institutionen. Wie bereits die gesellschaftsbezogene Terrorismusforschung der 1980er-Jahre betont hat, entstand aus diesem Spannungsverhältnis eine wichtige »Diskrepanzerfahrung«.⁸⁷

Darüber hinaus sorgte die im letzten Drittel der 1960er-Jahre deutlich ansteigende polizeilich registrierte Kriminalität für Irritationen.⁸⁸ Hinzu kam, dass sich die Wahrnehmungen sowie die Grundmuster von Delinquenz tief greifend veränderten. Zum einen entstanden delinquente jugendliche Subkulturen, die sich im Auftreten sowie in ihren Normen und Werten von der Erwachsenenwelt selbstbewusst abgrenzten und vor allem die Konsum- und Leistungsgesellschaft sowie das bis dahin dominante Männlichkeitsleitbild in Frage stellten. Zum anderen verlor Delinquenz durch diese Entwicklung nicht nur ihre festen Orte in Rotlichtmilieus oder Hafenvierteln, sondern weitete sich auch in breitere soziale Schichten aus. Die Vorboten dieser doppelten Entgrenzung waren die bereits angesprochenen Netzwerke des jugendkulturellen »Underground«, also die »Gammer«, später die Drogenkonsumenten.

Zur zweiten Tendenz: In der Bundespolitik galt Sicherheit nach innen bis Ende der 1950er Jahre vorrangig nur als eine Voraussetzung, um die Sicherheit nach außen zu stabilisieren, war also der äußeren Sicherheit nachgeordnet.⁸⁹ Nachdem durch den nachlassenden Kalten Krieg, wie bereits erwähnt, in den frühen 1960er-Jahren erste Umdenkprozesse eingesetzt hatten, veränderte sich die Gewichtung endgültig und grundlegend mit dem Regierungsantritt der sozial-liberalen Koalition. In ihrem »Sofortprogramm« vom November 1970 ging es nicht nur um die Bekämpfung einzelner krimineller Delikte⁹⁰, sondern um den Versuch der umfassenden »Herstellung« von Sicherheit nach

⁸⁵ Naumann, S. 22.

⁸⁶ Ulrike Jureit, »Höflichkeit ist erfolgreicher als Gewalt!«. Vom gereiften Miteinander im frühen Nachkriegsdeutschland, in: Karl Christian Führer/Karen Hagemann/Birthe Kundrus (Hrsg.), Eliten im Wandel. Gesellschaftliche Führungsschichten im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2004, S. 214-230, Zitat: S. 226.

⁸⁷ Steinert, Erinnerung, S. 37.

⁸⁸ Vgl. zum folgenden Weinhauer, Eliten, S. 42-57.

⁸⁹ Vgl. Paul Lücke, Sicherheit nach innen, in: Bulletin. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Nr. 63 vom 13.5.1966, S. 495-498, hier: S. 497; ferner Hans-Jürgen Lange, Innere Sicherheit im Politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1999, S. 106-108; Heiner Busch u.a., Die Polizei in der Bundesrepublik. Studienausgabe, Frankfurt/Main etc. 1988, S. 435 f.

⁹⁰ Vgl. zum »Sofortprogramm zur Modernisierung und Intensivierung der Verbrechensbekämpfung«: Bulletin. Presse und Informationsamt der Bundesregierung Nr. 152 vom 5.11.1970, S. 1605-1614; sowie Falko Werkentin, Die Restauration der deutschen Polizei. Innere Rüstung von 1945 bis zur Notstandsgesetzgebung, Frankfurt/Main etc. 1984, S. 190 f.

innen, kurz: um die »innere Sicherheit«. Nun wurde die alltägliche (Un)Sicherheit in Staat und Gesellschaft nachdrücklich thematisiert, aber auch (re-)politisiert. Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher betonte im November 1970 die »hochpolitische Dimension« des Begriffs »innere Sicherheit«. Damit signalisierte die Bundesregierung, so Genscher, dass sie der »Erhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung« sowie dem »Schutz der Bürger, denselben Stellenwert beimißt wie der äußeren Sicherheit«.⁹¹

Die sozialwissenschaftliche Literatur der 1970er-Jahre betrachtete die sicherheitsorientierte Reformpolitik der sozialliberalen Koalition, zu der auch die Amnestie für Demonstrationsdelikte vom März 1970 zählt, als Gesellschaftspolitik.⁹² In zeitgenössischen verwaltungsrechtlichen Darstellungen wurde die Gefahrenabwehr und damit die Gewährleistung von Sicherheit als eine soziale Leistung angesehen, die die Polizei den Bürgerinnen und Bürgern zu erbringen habe.⁹³ Greift man diese Denkanstöße auf, lässt sich die Gewährleistung von Sicherheit (gebündelt unter dem Begriff »Innere Sicherheit«) als eine sozialstaatliche Maßnahme interpretieren. Diese Ausweitung sozialstaatlicher Aufgaben auf die Gewährleistung von Sicherheit vor Kriminalität war Mitte der 1960er-Jahre erstmals deutlich erkennbar geworden.

Die Verwirklichung der Gewährleistung von Sicherheit als sozialstaatliche Aufgabe der Polizei konnte erst tatsächlich Raum greifen, als deren Aufgabendefinition verändert wurde. Dies geschah mit Verabschiedung der Notstandsgesetze Ende Mai 1968. Seitdem war die Polizei nicht mehr für den Schutz des Staates gegen kommunistische Umsturzversuche oder für die Niederschlagung von Bürgerkriegen zuständig; diese Aufgaben übernahm nun der Bundesgrenzschutz und in speziellen Situationen auch die Bundeswehr. Orientiert an dem Leitmotiv »Alltagsorientierung statt Bürgerkriegsbezug«⁹⁴, konnte sich die Polizei nun stärker als zuvor den in der Gesellschaft vorhandenen (kriminellen) Gefahren widmen. Diese Umorientierung fand jedoch unter stark veränderten Rahmenbedingungen statt. Denn in den frühen 1970er-Jahren wurde Sicherheit zum innenpolitischen Leitbegriff »Innere Sicherheit« erweitert und wieder politisiert. Nun ging es nicht mehr, wie zwischen 1964 und 1967/68, vorrangig um den Schutz vor Kriminalität, sondern wieder stärker um den des Staates vor politischen Bedrohungen.⁹⁵

Zugespitzt ließe sich sagen: War die nationalsozialistische Vergangenheit des bundesdeutschen Staates das Reizthema der 1960er-Jahre, so erhitzten sich die Gemüter in den 1970er-Jahren, dem Jahrzehnt der Inneren Sicherheit, an den aktuellen und zukünftigen staatlichen Machtpotenzialen. Unter diesen Rahmenbedingungen ist die Bekämpfung

91 Rede von Innenminister Hans-Dietrich Genscher auf dem Delegiertenkongress der Gewerkschaft der Polizei am 10. November 1970, abgedruckt in: Bulletin. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Nr. 157 vom 13.11.1970, S. 1657-1658, S. 1658. Vgl. zur politischen Komponente des Begriffs auch *Funk*, »Innere Sicherheit«, insb. S. 372 f.

92 *Funk/Werkentin*, S. 204. Vgl. zu dieser Thematik auch den Beitrag von Thomas Kleinknecht und Michael Sturm in diesem Band.

93 *Georg-Christoph von Unruh*, Polizei als Tätigkeit der leistenden Verwaltung, in: Deutsches Verwaltungsblatt 87, 1972, S. 469-475, 473 u. 475; *Günter Erbel*, Der Streit um die »öffentliche Ordnung« als polizeirechtliches Schutzgut, in: ebd., S. 475-481, hier: S. 481.

94 *Werkentin*, S. 205; vgl. auch *Busch u.a.*, S. 62.

95 Vgl. *Werkentin*, S. 205. Wie der Autor betont, trat an Stelle der »Krise als deutlicher Ausnahmelage [...] die Krisenanfälligkeit des bundesrepublikanischen Alltags«. Die einst »klare Differenzierung zwischen Alltagskriminalität und staatsgefährdenden Bestrebungen« hatte ihre »Konturen verloren«, ebd. Vgl. ausführlicher *Busch u.a.*, S. 62, 435 f. u. 438-442; sowie *Funk/Werkentin*, S. 192-197. Zwischen etwa 1964 und 1967 hatte der Begriff Sicherheit nicht vorrangig den Schutz des Staates im Auge und unterschied sich damit von der in den damaligen Polizeigesetzen benutzten traditionellen Begriffsverwendung, vgl. dazu *Weinhauer*, Schutzpolizei, Kap. I. 2.2

des Terrorismus der 1970er-Jahre ein Beispiel für die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Planungs- und Steuerungspotenziale – aber auch für deren gesellschaftliche Rückwirkungen. Dies lässt sich anhand der Polizei verdeutlichen.

Im Zeichen der Inneren Sicherheit wurde die Polizei tief greifend umgestaltet, um die Gewährleistung von Sicherheit als sozialstaatliche Aufgabe erfüllen zu können. Dabei rückte ihre präventive Tätigkeit in den Vordergrund. Die polizeiliche Organisation wurde zentralisiert, die Ausrüstung und Ausbildung modernisiert und die Personalausstattung vor allem der Polizeien des Bundes ausgebaut. So wurde das Personal des Bundeskriminalamts (BKA) zwischen 1970 und 1980 nahezu verdreifacht, wuchs von gut 1.200 auf knapp 3.400 Planstellen.⁹⁶

Wenn vom BKA die Rede ist, müssen zwangsläufig zwei Stichworte fallen: Der Name seines fast zehn Jahre amtierenden Präsidenten, Dr. Horst Herold, sowie der von ihm forcierte Computereinsatz.⁹⁷ Jedoch lassen sich die im Sommer 1972 erzielten Fahndungserfolge gegen die RAF nicht vorrangig dem von Herold favorisierten Einsatz von Computern zuschreiben – denn der BKA-Präsident hatte erst im September 1971 seinen Posten übernommen. Erst nach den Festnahmen vom Sommer 1972 begann die Hochzeit der computergestützten polizeilichen Maßnahmen.

Der Aufstieg der Computertechnologie in der Polizei fiel jedoch in eine Zeit, zu der sich in weiten Bereichen der bundesdeutschen Politik die Planungs- und Steuerungseuphorie bereits gelegt hatte.⁹⁸ In der Gesellschaft wuchs zudem mit der Kritik an der Atomenergie die Skepsis am Fortschritt und an den Segnungen des technisch Machbaren. Hinzu kam die Kritik an den im Umfeld der Terrorismusbekämpfung erlassenen Regelungen: vom »Extremistenbeschluß« aus dem Januar 1972 bis hin zum Kontaktsperregesetz des September 1977.⁹⁹

Ausgehend von den ihr zugeordneten Präventionsfunktionen hielt sich in der Polizei die positive Sicht auf Datensammlungen und umfangreiche Fahndungsdateien weit länger – mindestens bis ins erste Drittel der 1980er-Jahre. Erst dann zwang das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember 1983 zu einem Umdenken. Dass der vorsichtiger Umgang mit ermittelten Daten in der Polizei länger auf sich warten ließ, lag an drei Faktoren. Erstens wurde der ohnehin hermetische Grundzug polizeilicher Organisationen jener Jahre dadurch verschärft, dass Horst Herold sich mehr und mehr von außerpolizeilichen Einflüssen isolierte. Er lebte »kaum weniger abgeschottet von der Alltagsrealität als dies für die meisten Untergrundkämpfer zutraf«.¹⁰⁰

Zweitens wirkten die bei den Instanzen der Inneren Sicherheit zur Bekämpfung politischer Gewalt geschaffenen Institutionen als Informationsfilter. Ohnehin war die polizeiliche Berichterstattung schon seit den Studentenprotesten durch eine fast obsessive Fixierung auf Gewaltanwendungen gekennzeichnet. Liest man nur einige dieser Polizeiberichte, so muss tatsächlich der Eindruck entstehen, die Bundesrepublik sei ernsthaft

96 Vgl. dazu *Busch u.a.*, insb. S. 69-250, Zahlen vgl. ebd., S. 79.

97 Vgl. dazu *Dieter Schenk*, *Der Chef. Horst Herold und das BKA*, Hamburg 1998; *Dorothea Hauser*, *Baader und Herold. Beschreibung eines Kampfes*, Berlin 1997.

98 Vgl. *Ruck*, insb. S. 364.

99 Vgl. *Peter Frisch*, *Extremistenbeschluß. Zur Frage der Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst mit grundsätzlichen Erläuterungen, Argumentationskatalog, Darstellung extremistischer Gruppen und einer Sammlung einschlägiger Vorschriften, Urteile und Stellungnahmen*, 4. überarb. und aktual. Aufl., Leverkusen 1977; vgl. zur Terrorismus-Gesetzgebung *Uwe Berlit/Horst Dreier*, *Die legislative Auseinandersetzung mit dem Terrorismus*, in: Bundesministerium des Innern, Bd. 4/2, S. 228-318; ferner *Werner Klughardt*, *Die Gesetzgebung zur Bekämpfung des Terrorismus aus strafrechtlich-soziologischer Sicht*, München 1984.

100 *Waldmann*, *Terrorismus*, S. 194; vgl. auch *Schenk*, S. 265 f. Vgl. zum Zusammenhalt der Polizei *Weinhauer*, *Schutzpolizei*.

und flächendeckend in ihrem Bestand gefährdet gewesen.¹⁰¹ Als im Sommer 1969 ein bundesweites »Lagezentrum« eingerichtet wurde¹⁰², wirkte die dramatisierende Informationsfilterung, die zunächst auf die ländergestützten Lagezentren beschränkt blieb, nun auch auf Bundesebene und damit noch intensiver.

Drittens waren der während der Schleyer-Entführung eingerichtete parteiübergreifende Kleine und Große Krisenstab nicht gerade dazu angetan, die Entscheidungsfindung auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit zu demokratisieren.¹⁰³

Soweit es die dürftige Quellenlage zulässt, deutet sich an, dass die Tätigkeit dieser männerbündischen, parteiübergreifenden Gremien darauf ausgerichtet war, die Handlungsfähigkeit und Nicht-Erpressbarkeit des Staates zu demonstrieren. Orientiert an einem autoritären Staatsverständnis, dominierten militärisch ausgerichtete Denkmotive. Speziell im Kleinen Krisenstab mit den »ehemaligen Leutnants und Oberleutnants (Schmidt, Maihofer, Zimmermann)« begann jeder Tag mit der Schilderung der »Feindlage«.¹⁰⁴ Es gab kein klar erkennbares (partei)politisches Zentrum mehr, denn Regierung und Opposition waren bei allen Unterschieden im Detail bei der Bekämpfung des Terrorismus zusammengerückt.

Wie der damalige Justizminister Hans-Jochen Vogel betonte, gab es in beiden Krisenstäben in den Grundfragen der Wahrung des staatlichen Gewaltmonopols und der Schutzfähigkeit des demokratischen Rechtsstaates »keinen Dissens«.¹⁰⁵ Für ihn galt es, an der Handlungsfähigkeit des Staates »keine Zweifel aufkommen zu lassen«. Vogel hielt die damaligen Maßnahmen für notwendig, betont aber rückblickend einige Gesetzesbestimmungen seien »überinterpretiert und nicht immer sorgfältig genug beachtet worden«. Diese Kritik zielte auf das Kontaktsperregesetz sowie den Verteidigerausschluss, die Einführung einer Trennscheibe bei Verteidigergesprächen sowie die Einfügung des Paragraphen 129a.¹⁰⁶

Mit Blick auf die wichtige Rolle, die staatlichem Handeln (und damit auch der Polizei) beim Umgang mit dem Terrorismus zukommt, sind an dieser Stelle zwei Hinweise sehr wichtig. Zum einen warnt Peter Waldmann zu Recht davor, den »Schlüssel zur Lösung der Terrorismusproblematik primär bei den Sicherheitskräften zu suchen«.¹⁰⁷ Denn es waren oftmals Hinweise aus der Bevölkerung und Nachlässigkeiten oder Fehler der Terroristen, die zu deren Festnahme führten, nicht ausschließlich der Ausbau der polizeilichen Aktivitäten oder die »Computerisierung des BKA«. Zudem betont Waldmann einige wichtige Wechselwirkungen. Rücken nämlich polizeiliche Mittel bei der Bekämpfung des Terrorismus zu sehr in den Vordergrund, bestehe die Gefahr, dass der Regelkreis »immanenter gegenseitiger Verstärkung« zwischen Sicherheitsorganen einerseits und Terroristen andererseits die Entwicklungen steuere und so kaum kontrolliert werden könne. Ähnlich verstärkend könnten auch Rivalitäten zwischen den einzelnen Sicherheitsorganen (BKA, Bundesnachrichtendienst, Verfassungsschutz) wirken, aber auch innerhalb der Sparten (Schutzpolizei und Kriminalpolizei). Zudem sei auf die strikte Rechtsstaatlichkeit des polizeilichen Vorgehens zu achten. Denn was nütze es,

101 Vgl. ebd., insb. S. 311.

102 Vgl. SZ vom 11.7.1969.

103 Diese Gremien inspirieren zur Legendenbildung, nicht zuletzt deshalb, weil die Mitschriften ihrer Beratungen noch nicht frei zugänglich sind. Erste Einblicke vermittelt *Schenk*, S. 278-293.

104 Ebd., S. 25; vgl. auch *Wolfgang Kraushaar*, Der Kanzler und seine Krisenstäbe. Der nicht-erklärte Ausnahmezustand während der Schleyer-Entführung, in: *Ein deutscher Herbst*, S. 170-184, (Orig. 1978).

105 *Hans-Jochen Vogel*, *Nachrichten. Meine Bonner und Berliner Jahre*, München etc. 1996, S. 68.

106 Ebd., S. 82.

107 *Waldmann*, *Terrorismus*, S. 194 f.

wenn die ruppige Festnahme von zwei Aktivisten vier Menschen dazu veranlasst, sich Untergrundorganisationen anzuschließen.¹⁰⁸

Zum anderen malen die bislang vorliegenden Forschungen die Auswirkungen des Terrorismus und seiner Bekämpfung auf die bundesdeutsche Gesellschaft in schwärzesten Farben. Im Zeichen der Terrorismusbekämpfung seien unter dem »Banner der Inneren Sicherheit die Gewichte der Staatsorganisation verschoben worden«.¹⁰⁹ Neben der Stärkung der repressiven Instanzen sei auch der Staatsschutz seit Sommer 1972 vorverlagert worden, der Staat sei so zum wichtigen Schutzobjekt im Strafrecht geworden, so dass ein »hypertrophes Staatsschutzrecht« entstand.¹¹⁰ Zudem sei es zu einer Entdifferenzierung der politischen Gewalten gekommen. Vor allem im Herbst 1977 sei die ausbalancierte Machtverteilung zwischen Exekutive, Judikative und Legislative sowie zwischen Opposition und Regierung aufgeweicht worden, indem sich die »Exekutive unter Berufung auf einen »übergesetzlichen Notstand« zum Alleinherrscher aufschwingen«, der mit der Zustimmung sowohl der Judikative und Legislative als auch der Bevölkerung rechnen konnte. Kurzum: es herrschte ein »autoritär-etatistischer Massenkonsens« im Zeichen eines »symbolischen Belagerungszustand(es)«. Auch der Begriff des »Deutschen Herbst«, der um 1977/78 geprägt wurde,¹¹¹ weckt Assoziationen in Richtung einer Ohnmacht gegenüber staatlichen Maßnahmen. Der »Sicherheitsstaat« schien im »Modell Deutschland« zur Perfektion entwickelt worden zu sein.¹¹²

Zwar konstatierte Helmut Schmidt noch Ende 1977, in der Polizei sowie in der Bevölkerung sei durch die Entführungen Schleyers und der Lufthansa-Maschine sowie durch die Befreiung der Geiseln eine »Vertiefung des Wir-Gefühls« ausgelöst worden.¹¹³ Auch kam es in der Bundesrepublik während des Deutschen Herbsts zeitweise zu einem Gefühl der Empörung, das dazu beitrug, dem Staat kurzzeitig eine sakrosankte Qualität zu verleihen.¹¹⁴ Nach den »44 Tage(n) ohne Opposition«¹¹⁵ schien staatliche Macht in einem demokratischen System kaum weiter steigerbar.

In längerfristiger Perspektive markiert der Deutsche Herbst 1977 jedoch nicht nur einen Kulminationspunkt staatlicher Macht und gesellschaftlicher Ausgrenzung, sondern auch einen Neuanfang. Bis dahin war es relativ problemlos gelungen, die polizeilichen Überwachungs-, Kontroll- und Datensammelambitionen in einem bislang unbekannten Maße auszuweiten – oft mit politischer Rückendeckung. Seit 1977/78 lassen sich jedoch einige gesellschaftliche Veränderungen erkennen, die bislang in der Terrorismusforschung kaum beachtet wurden. Bereits die Abhörräffäre um den Atomwissenschaftler Klaus Traube vom Februar/März 1977 hatte vereinzelt Skepsis gegenüber staatlichen Befugnissen aufkeimen lassen. Atomstaat und Überwachungsstaat erschienen deckungsgleich.¹¹⁶ Diese Kritik war dann jedoch durch die Anschläge der RAF überlagert worden.

108 Vgl. ebd.

109 Scheerer, Linke, S. 390.

110 Vgl. zum Folgenden ebd., S. 396 f.

111 Eine genaue Rekonstruktion der Entstehung dieses Terminus steht noch aus. Vgl. als wichtige Publikation: Ein deutscher Herbst. Das Buch erschien Anfang 1978 und wurde 1997 in erweiterter Form wieder aufgelegt.

112 Vgl. Joachim Hirsch, Der Sicherheitsstaat, Frankfurt/Main 1980 sowie ders./Roland Roth, »Modell Deutschland« und neue soziale Bewegungen, in: Prokla 40, 1980, S. 14-39.

113 Helmut Schmidt, »Polizeiliche Arbeit erschöpft sich keineswegs nur in der Terrorismusbekämpfung, sondern ihre tägliche Aufgabe ist die Abwehr und Verbesserung der Abwehr von Gefahren aller Art!«, in: Die Polizei 69, 1978, S. 4-8, Zitat: S. 5 f.

114 Pridham, S. 41.

115 Wolfgang Kraushaar, 44 Tage ohne Opposition. Die Schleyer-Entführung, in: Der blinde Fleck. Die Linke, die RAF und der Staat, Frankfurt/Main 1987, S. 9-24, (Orig. 1977), auch in: Ein deutscher Herbst, S. 156-169.

116 Vgl. die Originalzitate bei Schenk, S. 238.

Seit Ende der 1970er-Jahre war die Politik der Inneren Sicherheit jedoch mit einem »mißtrauisch gewordenen Publikum«¹¹⁷ konfrontiert. Auf der parlamentarischen Ebene markiert der Amtsantritt von Innenminister Gerhard Baum (Juni 1978) einen wichtigen Einschnitt. Nach und nach begann Baum, die Datensammelwut im BKA ebenso wie dessen Allmachts- und Kontrollfantasien zu dämpfen und Kompetenzen zu beschneiden.¹¹⁸ Der Bericht des ehemaligen Innenministers Hermann Höcherl vom 31. Mai 1978 über Pannen bei der Fahndung nach den Schleyer-Entführern rückte dann die Polizei und damit auch das BKA in die Kritik.¹¹⁹ Im August 1978 veröffentlichte der *Stern* unter dem Titel »SOS – Freiheit in Deutschland« eine kritische Publikation über »Sicherheit, Ordnung und Staatsgewalt«. *Der Spiegel* begann im Mai 1979 eine viel beachtete Serie: »Das Stahlnetz stülpt sich über uns«. Schließlich weitete sich im Sommer 1979 nicht nur die Furcht vor staatlicher Bespitzelung, vor Wanzen und Polizeicomputern aus, sondern auch die Gegenwehr.¹²⁰ Mehr und mehr Menschen sahen die Bundesrepublik auf dem »Weg in den Überwachungsstaat«.¹²¹ Infolge der datenkritischen »jäh[e]n] Kehrtwende«¹²² der Innenpolitik wurde schließlich am 30. März 1981 die Ikone des Überwachungsstaats, Dr. Horst Herold, entlassen. Unter seinem Nachfolger, dem eher farblosen Heinrich Boge, war das BKA, so der ehemalige Leiter des Landeskriminalamts Niedersachsen, häufiger mit »Stillstand« konfrontiert.¹²³

Zum einen entstand somit Ende der 1970er-Jahre ein kritischeres Bewusstsein gegenüber Problemen und Grenzen elektronischer (staatlicher) Datensammlungen – oft unter Bezug auf George Orwells »1984«.¹²⁴ Zum anderen, und das ist mit Blick auf die deutsche Geschichte kaum zu überschätzen, wurde eine essenzielle Denkbarriere durchlässiger: Staatliches Handeln wurde skeptischer betrachtet, galt nicht mehr als unhinterfragbar und per se gerechtfertigt. Waren im Mai 1975 noch 69 Prozent der repräsentativ Befragten bereit, bei der Bekämpfung von Terroristen eine Einschränkung persönlicher Rechte hinzunehmen, sank dieser Anteil im Dezember 1978 auf 53 Prozent. Zudem wurde der Datenschutz erstmals im Oktober 1978 in die regelmäßige Allensbach-Umfrage über wichtige Staatsaufgaben aufgenommen. Hier stieg die Quote derjenigen, die einen Missbrauch persönlicher Daten befürchteten, leicht an, von 47 Prozent (Oktober 1978) auf 52 Prozent im März 1979.¹²⁵

Der Terrorismus und seine Bekämpfung hatten gegen Ende der 1970er-Jahre massiv dazu beigetragen, die Skepsis gegenüber staatlicher Macht zu fördern. Das lag auch daran, dass staatliche Macht im gesellschaftlichen Alltag weit präsenter und damit greifbarer war als zuvor. Dies reichte von der Präsenz von Kontaktbereichsbeamtem im Wohnviertel über Straßenkontrollen im Rahmen der Terroristenfahndung bis hin zu politischen Überprüfungen für die Einstellung in den öffentlichen Dienst.¹²⁶ Ein weite-

117 Hans Peter Bull, Politik der »inneren Sicherheit« vor einem mißtrauisch gewordenen Publikum, in: *Leviathan* 12, 1984, S. 155-175.

118 Ebd., S. 95.

119 Vgl. Deutscher Bundestag 8. Wahlperiode, Drucksache 8/1881 von 07.06.1978.

120 Peter Koch/Reimar Oltmanns, SOS – Freiheit in Deutschland, Hamburg 1978; *Der Spiegel* Nr. 18 bis 24 1979; Schenk, S. 371 u. 387; Tolmein/zum Winkel, S. 68-70.

121 Jochen Bölsche, Der Weg in den Überwachungsstaat, Reinbek 1979.

122 Vgl. »...Weisungs- und politikfrei im Selbstlauf. Interview mit Dr. Horst Herold, in: CILIP. Bürgerrechte und Polizei 16 Nr. 1983, S. 63-72, S. 65 (Forts. ebd. 18 Nr. 2, S. 30-46).

123 Zit. nach Schenk, S. 459.

124 Vgl. Peter Brückner/Diethelm Damm/Jürgen Seifert, 1984 schon heute oder wer hat Angst vorm Verfassungsschutz?, Frankfurt/Main 1976; vgl. zur Kritik an polizeilichen Datensammlungen sowie zum Datenschutzrecht Busch u.a., S. 205-223; ferner Bölsche, insb. S. 111-134.

125 Elisabeth Noelle-Neumann/Edgar Piel (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978-1983, München etc. 1983, S. 321 u. 335 (Datenschutz).

126 Vgl. die Beispiele in: Brückner/Damm/Seifert; Bölsche; Busch u.a.

rer Impuls für diese kritische Haltung dürfte von den Medien, konkret: von einigen Journalisten ausgegangen sein, die sich nun plötzlich selber in polizeilichen Dateien wiederfanden oder gar überwacht wurden.¹²⁷

Darüber hinaus dürften der Terrorismus und dessen Bekämpfung bereits vorhandene Impulse zu gesellschaftlicher Selbstorganisation verstärkt haben. So entwickelten sich um 1978/79 viele »Neue Soziale Bewegungen«, an denen z.B. in den zahlreichen Bürgerinitiativen nun auch »normale Bürger« teilnahmen. Die Neuen Sozialen Bewegungen waren eher als dezentrale Netzwerke denn als Parteien organisiert und weniger stark als die 68er-Aktivist*innen an einem zentralen politischen Ziel ausgerichtet, sondern an einer Vielzahl kleiner Zielpunkte.¹²⁸ Auch innerhalb der Linken, speziell unter den undogmatisch-spontaneistischen Teilen (im damaligen Jargon Spontis genannt)¹²⁹, entwickelten sich nach dem Deutschen Herbst Aufbruchversuche, die sich u.a. im Januar 1978 im Westberliner *Tunix*-Kongress manifestierten. Organisiert von zahllosen Kommunikationsnetzwerken der basisgruppenorientierten Sponti-Linken, markiert dieser Kongress den Auftakt einer Welle von Alternativprojekten.¹³⁰ Bis etwa 1982 kam es zu einem »ungeahnten Aufschwung« innerhalb des links-alternativen Spektrums, nicht nur in Form von Hausbesetzungen, sondern auch in der Antiatomkraftbewegung sowie der Bewegung gegen die Startbahn West des Frankfurter Flughafens.¹³¹ Auch das regelmäßige bundesweite Erscheinen der *tageszeitung (taz)* ab April 1979 gehört zu dieser staats- und gesellschaftskritischen Aufbruchsatmosphäre. Zu nennen wäre auch die Gründung einer bundesweiten Grünen Partei (Januar 1980), deren lokale Ursprünge bis ins Frühjahr 1977 zurückreichen.¹³² Aber auch am entgegengesetzten Ende des politischen Spektrums gab es Ende der 1970er-Jahre einen Aufbruch mit Gründung zahlreicher rechtsradikaler Vereinigungen, speziell innerhalb jugendlicher Subkulturen.¹³³

Insgesamt gesehen waren gegen Ende der 1970er-Jahre also eine Zunahme staats- und gesellschaftskritischer Haltungen sowie ein Boom der gesellschaftlichen Selbstorganisation v.a. in Form der Neuen Sozialen Bewegungen zu verzeichnen. Diese Gegenreaktionen auf den Terrorismus und dessen Bekämpfung lassen sich durchaus als demokratisierende Impulse interpretieren, die allerdings nicht als lineare und flächendeckende Trends betrachtet werden sollten. All die vorstehend knapp umrissenen Aktivitäten erkundeten die Möglichkeiten politischer Einflussnahme zwischen den von etablierten Parteien, den K-Gruppen sowie der RAF gebildeten Eckpunkten. Was mit denjenigen Aktivist*innen geschah, die dieses Koordinatensystem quasi nach links verließen, wurde durch die Bekämpfung des Terrorismus verdeutlicht.

Das eventuell aufkommende Schmunzeln über die gesellschaftspolitische Aktivitäten stimulierende »kleine List« der Geschichte des Terrorismus und seiner Bekämpfung

127 Vgl. Bölsche, S. 9.

128 Vgl. neben der in Anm. 13 genannten Literatur als Überblick *Peter Borowsky*, Deutschland 1969-1982, Hannover 1987, S. 141-166; ferner *Roland Roth*, Neue Soziale Bewegungen in der politischen Kultur der Bundesrepublik – eine vorläufige Skizze, in: *Karl-Werner Brand* (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt/Main etc., 1985, S. 20-82.

129 Vgl. mit lokalem Fokus den Beitrag von *Wolfgang Kraushaar* in diesem Band.

130 Vgl. dazu *Dieter Hoffmann-Axthelm u.a.*, »Zwei Kulturen? – Tunix, Mescalero und die Folgen«, Berlin 1978; *Wolfgang Kraushaar* (Hrsg.), Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung, Frankfurt/Main 1978; sowie *Geronimo*, S. 68-71.

131 Ebd., S. 91.

132 *Tolmein*, S. 81.

133 Vgl. *Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke*, Entstehung und Entwicklung des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderer politischen Kultur, Opladen 1984 (2 Bde), Bd.1, insb. Kap. 3d; ferner *Backes/Jesse*, S. 60-138.

gefriert auf den Lippen, denkt man an die zahlreichen Toten, die der Terrorismus, aber auch die staatlichen Gegenmaßnahmen gefordert haben. Zudem lassen sich bei Justiz und Polizei, also in Kernbereichen staatlicher Herrschaft, zunächst kaum Wandlungen erkennen. So gab es auch Ende der 1970er-, Anfang der 1980er-Jahre überzogene Reaktionen, wenn es um das öffentliche Reden über Terrorismus (speziell um Gewaltanwendung) ging. Dies verdeutlichen nicht nur die Debatten um den Göttinger Nachruf auf Generalbundesanwalt Siegfried Buback (Stichwort: Mescalero), der von RAF-Mitgliedern ermordet worden war, sondern auch der Oldenburger Prozess gegen dessen niedersächsische Mitherausgeber.¹³⁴ Bei dem Nachruf handelt es sich um ein durchaus gewaltkritisches Schriftstück, dessen Autor eingangs allerdings seine »klammheimliche Freude nicht verhehlen« wollte. Den Richtern galt der Artikel als »Volksverhetzung« und zeitgenössische Zeitungsartikel postulierten unter der Überschrift »Wie im ›Stürmer‹, mit diesem ›Anarcho-Gestammel‹ werde der ›Grundkonsens über Anstand und Menschlichkeit‹ aufgekündigt.¹³⁵ Die Polizei wiederum begegnete den Antiatomprotesten in Brokdorf, Grohnde und Kalkar nach wie vor mit massiver Gewalt. Einsatzphilosophie und -konzeption wurden erst Anfang der 1980er-Jahre grundlegend in Richtung Deeskalation verändert.¹³⁶

Angesichts des dürftigen Forschungsstands ist zurzeit nicht genau abzuschätzen, wie weit die Skepsis gegenüber staatlichen Datensammlungen, das kritischere Staatsverständnis sowie die intensivierte Selbstorganisation in die Gesellschaft hineinreichten und welche Altersgruppen und Schichten davon erfasst wurden. Auch die Verbindungslinien zu den 68er-Bewegungen sind noch nicht genau benennbar.¹³⁷ Wie eine im Juli 1978 publizierte repräsentative Emnid-Umfrage ergab, erschienen Bürgerinitiativen immerhin etwa zwei Dritteln der Bundesbürger als ein wirksames Mittel politischer Einflussnahme. Es sollte jedoch nicht vergessen werden, dass »nur ganze 11 Prozent« der Bundesbürger politische Artikulationsmöglichkeiten wahrgenommen hatten, also 89 Prozent sich in dieser Hinsicht politisch abstinenter verhielten.¹³⁸ Auch ist noch nicht deutlich, ob und inwieweit latente Trends verstärkt wurden, die vielleicht bis in die 1960er-Jahre zurückreichten. Zu erinnern ist hier an die Haltung zur Todesstrafe. Wie Allensbach-Umfragen ergaben,¹³⁹ stieg der Anteil der Befürworter zwar im August 1977 kurzzeitig auf 39 Prozent. Langfristig gesehen sank deren Anteil jedoch seit Anfang der 1970er-Jahre auf 28 Prozent im November 1980. Vermutlich wird auch noch Ende der 1970er-Jahre gelten, was Nick Thomas für den Anfang der Dekade festhielt: »Both the state and the wider population were still negotiating an understanding of the meaning of democracy, and of the checks and balances necessary for its preservation.«¹⁴⁰

134 Vgl. Thomas Blanke u.a., Der Oldenburger Mescalero-Prozeß, Berlin 1979; Alfred Krovoza/Axel R. Oestermann/Klaus Ottomeyer (Hrsg.), Zum Beispiel Peter Brückner. Treue zum Staat und kritische Wissenschaft, Frankfurt/Main 1981.

135 Blanke u.a., S. 264-270.

136 Vgl. Busch u.a., S. 328-342; Martin Winter, Politikum Polizei. Macht und Funktion der Polizei in der Bundesrepublik Deutschland, Münster 1998, S. 195-214; sowie aus Sicht der Aktivisten Redaktion Atom Express (Hrsg.), »... Und auch nicht anderswo!« Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung, Göttingen 1997; Geronimo, S. 78-91; Enno Brand, Staatsgewalt. Politische Unterdrückung und Innere Sicherheit in der Bundesrepublik, Göttingen 1988, S. 172-197.

137 Vgl. dazu Roth, S. 45 f.

138 Emnid Informationen 7/1978, S. 9.

139 Vgl. Noelle-Neumann/Piel, 1978-1983, S. 312.

140 Thomas, S. 219.

V. ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Wie dieser Beitrag gezeigt hat, haben der Terrorismus und seine Bekämpfung seit Ende der 1970er-Jahre staats- und gesellschaftskritische Haltungen sowie Skepsis gegenüber computergestützten Datensammlungen gefördert. Dies geschah vor dem Hintergrund eines Booms gesellschaftlicher Selbstorganisation in Form eines breiten Spektrums der Neuen Sozialen Bewegungen. Diese gesellschaftspolitische Aktivitäten stimulierende »kleine List« der Geschichte sollte daran erinnern, Staat nicht als Hort von Allmächtigkeit und nicht als überzeitliche Konstante zu betrachten. Denn in den 1970er-Jahren hatte sich staatliche Herrschaft grundlegend verändert. Sie war weniger statisch und abstrakt, stattdessen alltagsbezogener.¹⁴¹ Dadurch sowie durch die Zunahme staats- und gesellschaftskritischer Einstellungen kam es zu einer hohen Interaktionsdichte zwischen Staat und Gesellschaft. Es entstand eine »politierte Gesellschaft«,¹⁴² in der es keine eindeutigen Machtzentren (weder gesellschaftliche noch staatlich-politische) gab.

Die demokratisierenden Impulse, die auf den RAF-Terrorismus und auf seine Bekämpfung folgten, sollten nicht umstandslos in die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik integriert werden, frei nach dem Motto: Selbst diese harten Maßnahmen konnten die Verankerung der Demokratie letztlich nicht verhindern. Dieses Interpretationsraster mag den Weg der bundesdeutschen Gesellschaft bis in die frühen 1970er-Jahre einigermaßen zutreffend beschreiben. Die weitere Entwicklung wird damit jedoch nur unzureichend erfasst. Denn die im vorliegenden Beitrag geschilderte Zunahme kritischer Einstellungen gegenüber Staat und Gesellschaft, ebenso wie die Blüte gesellschaftlicher Selbstorganisation waren eingebettet in qualitativ neue Entwicklungen. So hatten vor dem Hintergrund einer Massenkonsumgesellschaft Hedonismus und Narzissmus zugenommen. Zudem bestimmte eine starke Technik- und Fortschrittsskepsis das Denken vieler, vor allem junger Menschen.¹⁴³

All diese Entwicklungen können kaum in ein einziges *Master narrative* gepresst werden. Vielmehr sollte die Vielfalt neuer gesellschaftlicher Phänomene der 1970er-Jahre auch mit einer Pluralität von Methoden und Interpretationsansätzen analysiert werden. Vor allem wäre den vielfachen Wechselwirkungen zwischen Staat und Gesellschaft nachzugehen. Dabei ist es wichtig, die Menschen als aktive Gestalter, als individuell und kollektiv Handelnde genauer in den Blick nehmen. Denn selbst die späten 1970er-Jahre markierten keine Zeitspanne in der ein übermächtiger Staat bleiern auf einer ohnmächtigen Gesellschaft lastete. Ob man allerdings tatsächlich sagen kann, erst der Deutsche Herbst habe in der Bundesrepublik eine emotionale und nicht nur eine intellektuelle Hinwendung zur Demokratie bewirkt¹⁴⁴ müssen spätere sozial- und kulturgeschichtliche Forschungen zur Inneren Sicherheit klären.

141 Damit ist nicht vorrangig etwas über die Intensität oder Qualität staatlicher Herrschaft gesagt, sondern über deren Organisationsform.

142 In diese Richtung weist auch das zunehmende politische Interesse. Vgl. dazu *Heiner Meulemann*, Identität, Werte und Kollektivorientierung, in: *Karl-Rudolf Korte/Werner Weidenfeld* (Hrsg.), Deutschland-TrendBuch. Fakten und Orientierungen, Bonn 2001, S. 184-211, hier: S. 188 f.

143 Vgl. als Überblick *Henri Brand/Hans-Peter Müller*, Lebensbedingungen, Lebensformen und Lebensstile, in: *Bernhard Schäfers/Wolfgang Zapf* (Hrsg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, 2. erw. und aktual. Aufl., Bonn 2001, S. 427-435; ferner *Christopher Lasch*, Das Zeitalter des Narzissmus, Hamburg 1995, (Orig. engl. 1979); *Karl-Werner Brand*, Neue soziale Bewegungen. Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale. Eine Zwischenbilanz, Opladen 1982.

144 *Pridham*, S. 44.